ABSCHALTEN KATASTROPHE WIDERSTAND

PERSPEKTIVEN DER BEWEGUNG

- Ökonomischer Hintergrund
- Reformistische Politik
- Kapitalistische Herrschaftssicherung und Klassenkampf

3.-DM

ALLES WIRD GUT! EXTRA

Inhaltsverzeichnis



Pan-Foto

Herausgeber:
Autonome Atomkraftgegnerinnen und Atomkraftgegner, Frauenarbeitsgruppe (FAG), Freie Arbeiter Union/Rätekommunisten (FAU/R), Gruppe junger Anarchisten/Rätekommunisten (GJA/R)
Kontaktadresse: FAU/R, Thadenstr. 130a, 2000 Hamburg 50
VisdP: P. Kratzheller

VORWORT

Nach Tschernobyl kamen viele Leute auf die Beine. Die Anti-AKW-Bewegung lebte auf. Viele fragten sich, wie es weitergehen soll.

Die Vorbereitungsphase auf dieBrokdorf-Demonstration am 7.6. zeigte uns, daß auch über die bestehenden politischen Zusammenhänge hinaus, ein verstärktes Interesse bestand, aus der Ohnmacht von Unterschriftensammlungen, Appellen und Protestbekundungen auszubrechen und die Dinge selbst in die Hand zu nehmen.

Um auf dieser Großdemonstration unsere Vorstellungen von Widerstand verwirklichen zu können, entwickelten wir gemeinsam Konzepte, an denen sich auch andere beteiligen konnten.

Darüber, daß so Menschen mit unterschiedlichen Vorstellungen und politischen Voraussetzungen zusammen kamen, wurde es für uns nach den Ereignissen in Brokdorf, Kleve und Hamburg immer wichtiger, eine gemeinsame politische Grundlage für eine weitere Arbeit in der Anti-AKW-Bewegung zu erarbeiten.

Die in den letzten Monaten allerorts geführten Diskussionen über die Gewaltfrage, die Distanzierungen und Widersprüche, aber auch die Solidarisierungen und konstruktiven Auseinandersetzungen haben uns veranlaßt, diese Broschüre zu schreiben. Sie ist dabei der Versuch, unsere Arbeit auch anderen Leuten als Diskussionsgrundlage zugänglich zu machen.

Für uns ist eine politische Grundlage die unverzichtbare Voraussetzung dafür, diese Diskussionen zu führen und Perspektiven in der Anti-AKW-Bewegung zu entwickeln.

Im ersten Teil haben wir versucht, den Rahmen abzustecken, in welchem die kapitalistische Nachkriegsentwicklung in der BRD zum Auf- und Ausbau einer eigenständigen Atomindustrie geführt hat, und welche kapitalistischen Einzel- und Gesamtinteressen an der Durchsetzung des Atomprogramms zusammengelaufen sind.

Das Atomprogramm ist zu einer der Speerspitzen eines parasitären und verfaulenden Gesellschaftssystems geworden, in dem Entscheidungen ausschließlich von Kapital- und Profitinteressen bestimmt werden, ohne Rücksicht auf gesellschaftlichen Bedarf oder soziale Bedürfnisse.

Im zweiten Teil geht es uns dann darum, uns näher mit den Ursachen, Inhalten und Grenzen reformistischer Politik (u.a. der Grünen) in der Anti-AKW-Bewegung auseinanderzusetzen. Wir wollen in diesem Teil aufzeigen, wie verschiedene Integrationsstrategien im Sinne der Herrschenden gegen eine außerparlamentarische und antikapitalistische Entwicklung der Anti-AKW-Bewegung wirken.

Weiterhin war uns in diesem Teil eine Auseinandersetzung mit verschiedenen gewaltfreien Positionen wichtig.

Im dritten Teil wollen wir nochmal etwas genauer auf die Funktion des bürgerlichen Staates zurückkommen, weil wir nur mit einer klaren Vorstellung von den Methoden der kapitalistischen Herrschaftssicherung darüber diskutieren können wie wir dieses System abschaffen.

Im darauffolgenden Abschnitt wollen wir zeigen, warum sich in einer revolutionären Bewegung der Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus immer mit einem Kampf gegen das Patriarchat verbinden muß.



Sept. 86

DAS INTERESSE DER KAPITALISTEN AM AKW-PROGRAMM

Das Atomprogramm in der Bundesrepublik Deutschland wurde in den fünfziger Jahren als Projekt der Energieversorgungsunternehmen (EVU) und interessierter Teile des bundesdeutschen Kapitals mit massiver staatlicher Förderung gestartet. Hinter diesem Projekt standen eindeutig Profitinteressen. Ob die Menschen hier für den AKW-Bau mehr Geld für Stromrechnungen und Lohnsteuern loswurden, oder ob sie bei einem Reaktorunfall sterben, interessierte nicht.



Die Motive für den AKW-Bau hatten im Laufe der Zeit unterschiedliches Gewicht. So kam die Atomgroßtechnologie den **Monopolbestrebungen** von EVUs, Kraftwerksherstellern und Großbanken entgegen. Die Erzeugung von waffenfähigen Spaltmaterialien entsprach **Militärischen Interessen** des Staates. Modellhaft für die neuen Schlüsseltechnologien stellen sie einen **Angriff auf die Arbeiterklasse** dar. Sie trennen Facharbeiterschaft und unqualifizierte Arbeiter, um das Lohnniveau zu senken. Sie schaffen als kapitalintensive Industrien Massen von Arbeitslosen. Die **Staatliche Energiepolitik** beruht auf einer engen Interessenverflechtung mit dem im Atomgeschäft engagierten Kapital. Der Staat bürgt für die **Exportinteressen** der Kraftwerksunion (KWU), die wegen des stagnierenden Inlandsmarktes heute mehr denn je auf Exporte angewiesen ist.

Wir wollen diese Beweggründe für das Atomprogramm und die Blockierung anderer Energieerzeugungsarten hier erläutern und zeigen, daß ein Kampf gegen AKWs hier auch ein Kampf gegen das kapitalistische System sein muß.

Monopolbestrebungen

In den zwanziger Jahren verschärfte sich zunehmend die Konkurrenz der Energiekonzerne um den Absatz elektrischer Energie. Von 1935 an bestimmte der faschistische Staat mit Gesetzen (u.a. durch das heute noch geltende Energiewirtschaftsgesetz) die weitgehende Einschränkung kommunaler und genossenschaftlicher Formen der Energieversorgung zugunsten der Belieferung durch private Energiekonzerne. Die Sonderinteressen der Konzerne und das Interesse des Staates an zentralistischer Verfügung und Kontrolle wurden durch diese Konzerngesetze in den Rang nationaler Interessen erhoben. Der Elektrizitätsmarkt wurde territorial unter den Konzernen aufgeteilt.

Stand in den Kriegsjahren bis 1945 die militärische Nutzung der Atomenergie im Vordergrund, so erkannten die großen Konzerne nach '45 frühzeitig, daß auch in der "friedlichen" Nutzung der Atomtechnik riesige Kapitalverwertungschancen liegen würden.

Atomkraftwerke sind Großanlagen, die einen enormen Kapitaleinsatz und Forschungsvorgaben erfordern. Das ist nur durch große Unternehmen sowohl beim Bau, Betrieb und der Finanzierung zu leisten. Die EVUs sehen in der Atomtechnik die Möglichkeit, ihre Gebietsmonopole zu sichern.

Dezentralere Energieerzeugung gefährdet sowohl das zentralstaatliche Verfügungsinteresse, als auch die Monopolposition der EVUs. Deren Tarifpolitik ist so gestaltet, daß die Industrie den Strom zu Billigstpreisen bekommt, um zu verhindern, daß dort eigene Kraftwerke in Betrieb genommen werden. Der Strombedarf der Industrie wurde bis in die 20er Jahre noch zu 80 % mit eigenen Anlagen gedeckt; der Anteil eigenerstellter Elektrizität ist heute ins Bedeutungslose gesunken.

In der BRD verschärfte sich die Konzentration im Energiesektor weiter. In den sechziger Jahren ging die Zahl der EVUs von 3000 auf 1400 zurück, von denen dann 364 an der öffentlichen Stromversorgung beteiligt waren. Die fünf größten EVUs (RWE, VEW, Preußenelektra, HEW, Bayernwerk) trugen 1970 50,2 % zur Stromerzeugung bei, 1974 stellten die zwei größten Konzerne fast 50 % des Stromes bereit.

Die gigantischen Investitionen für das Atomprogramm werden, sofern sie nicht aus dem Staatshaushalt mitfinanziert werden, über die Stromtarife auf die Arbeitnehmerhaushalte abgewälzt.

"Darum bezahlt ein 4-Zimmer-Haushalt in Hamburg bei einem Verbrauch von 1200 Kilowattstunden im Jahr 31,2 Pfennig pro Einheit. Der Anteil des Kernenergiestroms beträgt dort rund 35 Prozent. In Düsseldorf hingegen kostet die Kilowattstunde nur 28,2 Pfennig – ohne Kernenergie" (Wirtschaftswoche, 20.02.81).

Einige Tarife	**Preis Pf/kWh**
Tarifkunden (Haushalt und Kleingewerbe)	23,7
Nachtspeicherheizung	9,1
Verkehrsbetriebe (U- und S-Bahn)	14,2
Industrie und Großgewerbe	16,1
Vereinigung Städtischer Kindertagesstätten (zuzügl. 360 DM Grundgebühr)	12,7
Kinderhaus Heinrichstraße	40,7
Norddeutsche Affinerie	9,0
Hamburger Stahlwerke	9,0
Hamburger Aluminiumwerke	2,8

Quelle: Arbeitsgruppe "Wende in der HEW-Preispolitik", 1985

Die Kleinverbraucher (Haushalt und Gewerbe) liefern der HEW 40 % ihrer Einnahmen, verbrauchen aber nur ca. 20 % des Stroms. Den EVUs geht es nicht darum, uns billig zu beliefern, sie versuchen ihre Monopole zu sichern, um sichere Profite zu machen. Dazu gehörte auch, über die Installation von Elektrospeicherheizungen und elektrischen Wärmepumpen den Stromverbrauch planmäßig zu erhöhen, um die Kapazität ihrer Kraftwerke besser auszunutzen, d.h. mehr Strom abzusetzen, denn der Energiebedarf der Haushalte ist vor allem ein Wärmebedarf.

In der Kraftwerksbauindustrie vollzog sich eine entsprechende Konzentration. Nachdem die AEG in den siebziger Jahren finanziell angeschlagen aus dem AKW-Geschäft ausstieg, blieb die Kraftwerksunion (KWU) – eine 100%-Siemens-Tochtergesellschaft – als einziger deutscher Anbieter von schlüsselfertigen AKWs übrig. Die Monopolstellung zahlt sich aus: 1983 konnte die KWU eine 16%-Dividende an Siemens auszahlen. Auch beim Auftrag "WAA Wackersdorf" brauchte sich die KWU nicht vor Konkurrenz zu fürchten und darf nun reichlich zulangen. Auf dem Brennelementesektor dominiert die Hanauer NUKEM den Markt, die 1969 eine enge Verflechtung mit Siemens in der Reaktorbrennelemente GmbH einging.

Die bundesdeutschen Großbanken – allen voran die Deutsche Bank und die Dresdner Bank – sind weitere treibende Kräfte des Atomprogramms. Kapitalintensive Technologien wie AKWs bedürfen riesiger Kreditvolumen, die nur von Großbanken bereitgestellt werden können, in Erwartung entsprechender Zinsgewinne.

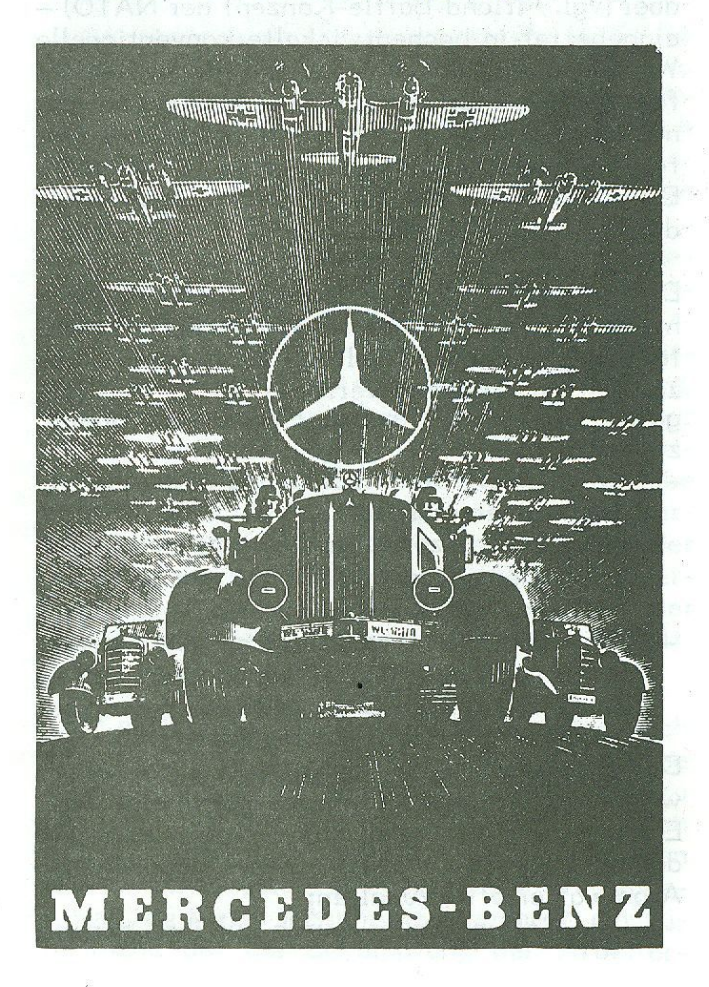
Als Kreditgeber und Aufsichtsratmitglieder in den EVUs haben die Banken Einfluß auf die Investitionsentscheidungen der EVUs.

Denn dem interessierten Kapital ist klar: Das einzige, was an der Errichtung von Atomanlagen sicher ist, ist die Kapitalverwertung – der Profit.

Militärische Interessen

Die BRD ist Atommacht. Die deutschen Militärs sind heute in der Lage, innerhalb kürzester Zeit über Nuklearwaffen zu verfügen. Das ist Ergebnis einer seit den 50er Jahren betriebenen Politik des verdeckten Atomwaffenbaus. Angeblich "zivile" Projekte, wie die in Kernforschungsanlagen und WAAs, sind für militärische Zwecke entwickelt worden.

Technischer Hintergrund ist die Verfügbarkeit über waffenfähiges Spaltmaterial (hochangereichertes Uran 235, Plutonium 239) durch den Betrieb von WAAs, Schnellen Brütern (SNR), Urananreicherungsanlagen. Uran aus AKWs ist nur bedingt zum Atomwaffenbau geeignet, dafür muß es angereichert werden. Zentrum bundesdeutscher atomarer Aufrüstung ist Hanau mit den Unternehmen Alkem (Plutoniumproduktion) und Nukem (Urananreicherung).



In einem 1980 fertiggestelltem Bunker darf die Alkem 5 Tonnen Plutonium lagern. Weitere 5 Tonnen verwahrt die Bundesregierung dort für eigene Zwecke. Die Menge würde, je nach Auslegung und Konstruktion von daraus gefertigten Sprengköpfen, für mehrere hundert bis tausende Sprengkörper ausreichen.

Die Schließung des Brennstoffkreislaufs durch die Plutoniumtechnologien (WAA, SNR) ist nur sinnvoll bei militärischer Nutzung.

Der Brennstoffkreislauf löst die BRD weitgehend aus der Abhängigkeit von den Welturanmärkten, insbesondere vom US-Uran. Sie steht damit in der Tradition des nationalsozialistisch en Strebens nach Energieselbstversorgung, die zur Kriegsführung nötig ist. Aber auch bei einem "Verzicht auf die Plutoniumwirtschaft", wie er von der SPD propagiert wird, soll mit der vom Bundesministerium für Forschung und Technologie (ehemals Bundesministerium für Atomtechnologie) geförderten "Laser-Isotopen-Separierung" bombenfähiges Material aus den abgebrannten Brennelementen der Leichtwasserreaktoren hergestellt werden.

Wohl hat sich die Bedeutung von Atomwaffen im Zerstörungspotential der Militärs seit dem Zweiten Weltkrieg entscheidend verändert. Allein A-Bomben sind nicht mehr in der Lage, kriegsentscheidend wirken zu können. Sie sind aber (vgl. Airland-Battle-Konzept der NATO) – eingebettet in hochentwickelte konventionelle Waffensysteme – fester Bestandteil der Kriegsführung. Deswegen sind BRD-Rüstungsunternehmen damit beschäftigt, mit staatlicher Unterstützung Marschflugkörper zu entwickeln. Die Bundeswehr übt seit Ende der 50er Jahre den Einsatz von Atomwaffen.

Die bundesdeutsche Politik läßt keine Gelegenheit aus, den BRD-Imperialismus auch auf militärischer Ebene zur Geltung zu bringen. Dazu zählten verschiedene Versuche die Verfügungsgewalt über A-Waffen von NATO-Verbündeten zu erlangen:

- Die Bildung einer westeuropäischen Verteidigungsgemeinschaft (ab 1952) unter deutsch-französischer Führung sollte der BRD den Zugang zu einer europäischen A-Bombe verschaffen.
- Im Konzept eine multilaterale Atomstreitmacht mit den NATO-Verbündeten zu bilden, sollte die BRD die Mitbestimmung bei dem Einsatz dieser Waffen erhalten.

Der Atomwaffensperrvertrag von 1969 setzte weiteren Versuchen auf dieser Ebene ein Ende. Es gelang der BRD aber, sich bei der Abfassung des Vertrages die Möglichkeit des Baus eigener Atomwaffen offenzuhalten:

- Die Geltungsdauer wurde auf ihr Drängen hin von unbegrenzt auf 25 Jahre (bis 1995) begrenzt.
- Der BRD wurden für den Kriegsfall besondere Kündigungsfristen von den USA zugestanden.
- Die Errichtung und der Verkauf von militärisch nutzbaren Atomanlagen wurde erleichtert.

Es war so möglich, trotz der internationalen Rahmenbedingungen, die die Bildung einer deutschen Atomstreitmacht verhinderten, eine verdeckte atomare Aufrüstung zu betreiben.

Angriff auf die Arbeiterklasse

In der Erforschung und Anwendung der Atomtechnologie sahen die führenden Industriekonzerne die Möglichkeit die Produktivität in mehreren Industriezweigen zu erhöhen. Daher trieben die großen Konzerne im Elektro-, Chemie-, Metall- und Maschinenbaubereich den Auf-und Ausbau der Atomindustrie in der BRD voran.

Die in der Atomforschung entwickelten technischen Erneuerungen, beispielsweise in der Prozeßsteuerung, flossen dann auch in viele andere Industriebereiche ein. Kern blieb aber die Nutzung der Atomkraft als (nach damaligem Erkenntnissstand) "billiger" Energielieferant. Sie soll besonders den energieintensiven Industriebranchen die Reduzierung auf möglichst kleine Belegschaften ermöglichen.

Atomanlagen sind ein Mittel, regionale Umstrukturierungen durchzusetzen. Die seinerzeit durch die Errichtung der AKW's Brunsbüttel, Stade und Brokdorf geplante und teilweise realisierte Industrialisierung des Unterelberaumes ist ein Beispiel, Industrieparks außerhalb von Ballungszentren zu errichten und dort die Arbeiter in Neue-Heimat-Siedlungen zu kontrollieren.

Die Parks werden an verkehrsgünstigen Standorten errichtet, Trabantensiedlungen und Gewerbeflächen entlang neugebauter Verkehrswege geplant, um dort Abteilungen der Industrie aus den Ballungszentren auszulagern. Die Infrastrukturmaßnahmen werden durch eine polizeiliche Aufrüstung und Militarisierung, zur Durchsetzung des Atomprogramms, begleitet – das Wendland gibt hier ein beeindruckendes Beispiel.

Die traditionelle Produktionsstruktur und damit die Zusammensetzung der Arbeiterklasse wird zerschlagen. Modellhaft stehen AKW's für die Strategie des Kapitals, mit den neuen Schlüsseltechologien (wie der Datenverarbeitung) auf dem Arbeitsmarkt eine Trennung in einen hochqualifizierten Facharbeiteranteil und eine unqualifizierte industrielle Reservearmee durch-

zusetzen, um damit die Kampfkraft der Arbeiterklasse zu schwächen. Dahinter steht die Absicht, das Lohnniveau zu drücken, um das eingesetzte Kapital rentabler verwerten zu können. Die Steigerung der Kapitalintensität und Arbeitsproduktivität soll zudem die Ausbeutung der Arbeitskraft rentabler machen. Sie ist Antwort auf das in den 60er/70er Jahren erkämpfte höhere Reallohnniveau und die erhöhten Lohnstückkosten seitens großer Teile des westdeutschen Kapitals. Der uneingeschränkten Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft wurde durch die Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse seit Ende der 50er Jahre zunehmend Grenzen gesetzt. Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen und verbesserte Sozialleistungen konnten durchgesetzt werden, weil trotz der Anwerbung ausländischer Arbeiter und der Einbeziehung von Frauen in die Produktion die industrielle Reservearmee zusehends schrumpfte.



Leiharbeitsfirmen profitieren besonders von der heutigen Massenarbeitslosigkeit. Sie sorgen dafür, daß Arbeiter/innen ohne garantiertes Beschäftigungsverhältnis in Atomanlagen zu Säuberungs- und Reparaturarbeiten in verstrahlten Bereichen der Anlage eingesetzt werden können. Durch diese Methode kann das fest eingestellte Personal profitabler verwertet werden, weil nur so ihre jährliche Strahlendosis unterhalb der festgelegten Werte gehalten werden kann. Zu dieser lebensgefährlichen Arbeit sind aus finanzieller Not besonders Arbeitslose und hier vor allem unsere ausländischen Kollegen und Kolleginnen gezwungen. Letztere werden in der Regel in ihre Heimatländer abgeschoben um die Verstrahlung zu vertuschen und die sozialen Folgekosten zu drücken.

Sie werden — zur Mobilität gezwungen — aus entfernteren Gebieten geholt, um das Lohnniveau in der Region nicht steigen zu lassen. Es wird darauf geachtet, daß die Arbeitslosenquote dort nicht unter ein gewisses Niveau sinkt.

Sinkendes Lohnniveau, Arbeitslosigkeit und verschlechterte Arbeitsbedingungen im Energiesektor sind Folge dieses Angriffs auf die Arbeiterklasse

Staatliche Energiepolitik

Die Verwertungsmöglichkeiten des Kapitals sind abhängig von der Stabilität des politischen Systems und umgekehrt. Kommt die Wirtschaft in die Krise, kommt auch der Staat in die Krise, wird die Herrschaft und Ordnung in Frage gestellt. So begründet sich das Interesse von Staat und Wirtschaft an der Ausweitung der kapitalistischen Produktion, am Wachstum.

In der Tat erwartete man von der Atomenergie Impulse für die technologische Entwicklung der BRD-Industrie und so eine Verbesserung der Situation auf den Weltmärkten. "Der Entschluß des Bundes die Kernforschung und kerntechnische Entwicklung, mit staatlichen Mitteln zu fördern, beruhte vorwiegend auf allgemeinen forschungs- und wirtschaftspolitischen Gedanken. (...) Die technischen Fortschritte, die im Zusammenhang mit den Arbeiten zur Kernenergienutzung auftreten, sind Maßstab für das technische Niveau eines Industrielandes in der Konkurrenz und in der Zusammenarbeit mit anderen Ländern. (...) Ein weiteres Motiv für die Förderung der Kernenergienutzung durch den Bund war energiepolitischer Natur." (Bundesbericht Forschung I, 1965).

Solche Impulse sollen heute beispielsweise von den Raumfahrt- und Kriegsführungstechnol ogie-Programmen (SDI, Eureka) ausgehen.

Auch der Wunsch nach der deutschen Atombombe öffnete in den 50er Jahren die Staatskassen. Milliardenbeträge flossen bis heute in das Atomprogramm.

Die staatlichen Aktivitäten konzentrieren sich auf die Übernahme oder Unterstützung der unprofitablen und risikoreichen Bereiche. Ohne die staatliche Übernahme der Kosten für die Grundlagenforschung, die Ausbildung von Fachkräften und des Ausbaus der Infrastruktur sowie direkter Subventionen, besonderer Abschreibungsmöglichkeiten und Steuervergünstigungen hätte die Atomindustrie keine Chance gehabt

sich gegen den Vorsprung der ausländischen Konkurrenz (USA, GB, F) in den 50er Jahren zu behaupten, der durch die direkte Einbindung der Atomforschung in die Rüstungspolitik dieser Staaten entstanden war. Insgesamt flossen weit über 30 Milliarden DM allein an direkten staatlichen Subventionen an die Industrie, die letztlich über Lohn- und Verbrauchersteuern von den Arbeitnehmerhaushalten bezahlt wurden.



Staatliche Stellen haben erheblichen Einfluß auf die Politik der EVUs. So ist der größte deutsche Energiekonzern, die VEBA AG in Händen des Bundes. Deren Vorstandssprecher von Benningsen-Foerder formulierte 1981 die staatliche Energiepolitk der siebziger Jahre: "Strom im Wärmemarkt ist eine nationale Chance. Deshalb sollten die Möglichkeiten des Ölersatzes durch Ausbau der Stromversorgung (...) verdeutlicht werden". Diese Politik sah eine Zerschlagung des OPEC-Preiskartells vor und steht im Zusammenhang mit den imperialistischen Interessen des BRD-Kapitals.

Exportinteressen

Der Bau und der Betrieb von AKWs in der BRD ist Voraussetzung für deren Export. Nur so können Erfahrungen gewonnen und funktionierende Anlagen vorgewiesen werden. Auch der Bau der WAA in Wackersdorf erfüllt diese Funktion. Der Staat unterstützt den Export durch Hermes-Bürgschaften (staatliche Versicherung für Exportausfälle). Damit übernimmt er das Risiko von Verlusten für die Atomanlagenhersteller. Letztendlich trägt also die arbeitende Bevölkerung auch noch das finanzielle Risiko.

Längst profitieren die monopolistischen Konzerne nicht mehr nur im nationalen Rahmen. Sie entwerfen Strategien für die Ausbeutung ganzer Kontinente. Der AKW-Export ist ein wichtiger Bestandteil dieser Politik der BRD-Konzerne gegenüber den Ländern der Dreikontinente (Afrika, Asien, Lateinamerika). Mit der Einführung der Atomtechnologie in diesen Ländern wird die imperialistische Ausbeutung und Arbeitsteilung verschärft:

- Aufbau und Instandhaltung von Atomanlagen, sowie Industrieanlagen sind in der Hand einiger weniger Konzerne in den hochentwickelten kapitalistischen Staaten (die KWU ist der weltweit bedeutendste Hersteller). Die technologische Abhängigkeit wird verstärkt.
- Die zum Kauf von Atomanlagen notwendige Kreditaufnahme erhöht die Verschuldung der Dreikontinente bei den kreditgebenden Institutionen der imperialistischen Länder (am bedeutendsten: Internationaler Währungsfond). Diese Institutionen vergrößern mit den Krediten ihre Möglichkeiten, den Ländern der Dreikontinente wirtschaftspolitische Maßnahmen aufzuzwingen.
- Gleichzeitig sichern sich die Imperialisten den Zugriff auf Rohstoffe.
- Die AKWs ermöglichen den Ausbau der Industrie in den Dreikontinenten, in der die Menschen dort direkt von den Imperialisten ausgebeutet werden. Diese Auslagerung der Produktion dient u.a. dazu, Arbeitskämpfen in den imperialistischen Staaten zu begegnen.

Am Beispiel des AKW-Exports nach Brasilien wird die Durchsetzung dieser Interessen deutlich.
Ursprünglich sollten nach dem deutsch-brasilianischen Vertrag von 1975 acht AKWs, eine WAA-Pilotanlage, sowie weitere zum Brennstoffkreislauf gehörende Anlagen gebaut werden. Damit wären Gewinne in Milliardenhöhe realisiert worden. Inzwischen ist das brasilianische AKW-Programm wegen der hohen Auslandsverschuldung auf den, für das brasilianische Regime nutzbaren Teil eingeschränkt wor-



den. Ähnliche Situationen herrschen auf anderen Auslandsmärkten. Der Bau der WAA Wackersdorf als Musteranlage wird dadurch für die KWU noch dringlicher.

Bestandteil des Vertrages ist die Gründung einer deutsch-brasilianischen Gesellschaft, die die Erkundung und Abbau von Uranvorkommen übernimmt und so den Imperialisten den direkten Zugriff auf das brasilianische Uran ermöglicht.

AKWs schaffen die Grundlage für industrielle Ballungszentren an günstigen Standorten. Dort werden Industrieanlagen aufgebaut, die im Besitz des ausländischen Kapitals sind. Schon heute sind 80 % der brasilianischen Industrie in ausländischer Hand. Der Kapitalexport der BRD-Konzerne stieg in den 70er Jahren kontinuierlich an.
Konzerne wie VW beuten die brasilianischen Arbeiter zu Niedrigstlöhnen aus. Diese elende Lage, abgesichert durch den Terror der Militärs, ist die Grundlage des Profits der Imperialisten.

REFORMISTISCHE STRATEGIEN IN DER ANTI-AKW-BEWEGUNG

"Wer einen Tiger über das Verfolgen der Spur eines Eichhörnchens stellen will, lügt sich zum einen über seine Angst vor dessen tatsächlicher Dimension hinweg und dürfte folglich zum anderen in Panik geraten, wenn er wirklich einmal auf ihn treffen sollte."(1)

Der beste Schutz vor Strahlen sind nicht die neuesten Zahlen

In weiten Teilen der Anti-AKW-Bewegung herrscht die Vorstellung, daß eine breite Mobilisierung gegen die Atomtechnologie, allein durch die Argumentation mit deren ökologischen und gesundheitlichen Risiken herzustellen sei. Die staatlich verordnete Nachrichtensperre der Bundesregierung, als Reaktion auf den Reaktorunfall in der Sowjetunion, veranlaßte diese Gruppen sich auf eine alternative Informationspolitik – von Becquerel bis Rem – und auf eine praktische Öffentlichkeitsarbeit, die vor einer nuklearen Katastrophe warnen und gegen sie mobilisieren soll, zu beschränken.

Eine solche Risikokampagne führt jedoch in die politische Sackgasse, wenn mit der Verbreitung dieser Informationen nicht gleichzeitig versucht wird, ein Bewußtsein über die Ursachen – also den Zusammenhang vom Atomprogramm, kapitalistischer Produktionsweise und imperialistischem Herrschaftssystem – herzustellen.

Denn unser Kampf gegen AKWs muß an der Realität ansetzen (Fragen nach den Risiken eines Reaktorunfalls, Fragen zu dem erhöhten Kriegsrisiko mit atomarstrategischer Gefechtsführung, an den Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt/Arbeitsbedingungen, Erhöhung der Strompreise etc.), aber unsere Kritik darf nicht bei einer bloßen Beschreibung der Mißstände stehen bleiben. Sie muß weitergehend den Zusammenhang zur Systemfrage aufwerfen!

Die Herrschenden ihrerseits haben jedenfalls zu keinem Zeitpunkt einen Zweifel daran gelassen, daß sie das Energieprogramm als einen strategischen Wirtschaftssektor von entscheidender Bedeutung für das kapitalistische System begreifen.



Die public-relation-Abteilungen der Atomlobby haben darüber hinaus die Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaft zum Grundpfeiler ihrer Propagandakampagne gegen die AKW-Gegner gedreht. Ihre Atompropaganda (Export & Wettbewerbsfähigkeit, Wirtschaftswachstum & Arbeitsplätze) zielt darauf ab, daß ein Verzicht auf die Atomkraft jede weitere wirtschaftliche Entwicklung gefährden würde und unterstellt dabei eine Interessensidentität von Kapitalisten und Lohnabhängigen (Kapital und Arbeit) in der Frage der kapitalistischen Entwicklung. Dieser Logik folgend, liegt die Atomkraft also nicht nur im Interesse der gesamten Industrie, sondern vor allem im Interesse aller lohnabhängig Beschäftigten.

Demgegenüber bleiben weite Teile der Anti-AKW-Bewegung in den Auseinandersetzungen um die Kernenergie bei einer ökologisch-technischen Kritik (Überkapazitäten, Unwirtschaftlichkeit, Gesundheitsrisiken) stecken.

Eine Argumentation, welche die Atomtechnik von ihrem kapitalistischen Nutzen und imperialistischen Zweck abkoppelt, bleibt weit hinter den realen Wirtschaftsinteressen, als der Grundlage des Atomprogramms, zurück.

Und dann bekommt man eine ROT-GRÜNE Brille, und plötzlich wird alles scharf, bunt und sogar plastisch!

Anti-AKW-Kampf im klassenpolitischen Zusammenhang

Einer der Gründe für diese Entpolitisierung des Anti-AKW-Kampfes liegt darin, daß sich die gesellschaftlichen Folgen der Atomtechnologie in Form von Ausbeutung und Vernichtung nicht mehr auf einzelne Klassen oder Völker beschränken lassen, sondern daß darüber hinaus alle Menschen – jenseits aller sozialen und wirtschaftlichen Interessen – von einer globalen Vernichtung bedroht werden.

Tägliche Katastrophen werden jedoch nicht nur beim Betrieb von AKW's in Kauf genommen, sondern sie sind Ausdruck und Realität des imperialistischen Normalzustandes. Täglich werden neue Bedrohungen atomarer, chemischer, biologischer Art produziert, verhungern Menschen für den Bestand der imperialistischen Herrschaft, werden ausgebeutet, unterdrückt und ermordet.
Und nur auf dem Hintergrund dieser international verlaufenden Klassenauseinandersetzung kann das Atomproramm auch begriffen und wirkungsvoll bekämpft werden.

- Bereits Tage nach dem Reaktorunfall veranschlagten die westlichen Nahrungsmittelkonzerne und Bankkonsortien ihre Gewinne: 20 Mio. t zusätzliche Getreideexporte in die Sowjetunion (die zuvor veranschlagt hatte, selber Getreideüberschüsse auf dem Weltmarkt zu verkaufen), bei 2,5 Mrd. Dollar zusätzlicher Kreditaufnahme der Sowjetunion im Westen.
- Mit monopolistisch festgelegten Strompreisen ziehen die EVU's ihren Profit direkt über den Konsum des Verbrauchers ab. Das Geld wird in den Metropolen dazu benutzt, neue Technologien, als Angriffswaffen im weltweiten Klassenkampf zu erforschen und einzusetzen.
- Die arbeitende Klasse wird im weltweiten Produktionsablauf vom Uranabbau über Transport und Weiterverarbeitung bis zum Bau und Betrieb der Atomanlagen ausgebeutet, woraus riesige Profite gepresst werden.
- Chemische Vergiftungen und Verstrahlungen am Arbeitsplatz sind ebenso die Folge, wie die unmenschlichen Arbeitsbedingungen bei Bau- und Reinigungsarbeiten in den AKW's. Dafür werden in erster Linie Leiharbeiter in "ungarantierten Beschäftigungsverhältnis sen" eingesetzt, die sich gegen die beschissenen Arbeitsbedingungen und Niedrigstlöhne besonders schlecht wehren können. Veränderte und verschlechterte Arbeitsbedingungen gehen als gezieltes Resultat einer gesamtindustriellen Umstrukturierung der Produktion weit über den Rahmen von AKW's hinaus, werden aber durch die Erfahrung mit der automatisierten Steuerung und Fertigung in der Reaktorindustrie erst möglich gemacht.
- Das Expandieren der Wirtschaft in den hochindustrialisierten Ländern beruht auch entscheidend auf der imperialistischen Ausbeutung der Völker der Dreikontinente.



Eine künstlich erzeugte Unterentwicklung der drei Kontinente als gezielte Politik des IWF, technische und wirtschaftliche Abhängigkeiten sind ebenso die Folge, wie verdeckte und offene militärische Interventionen zur imperialistischen Herrschaftssicherung.

Vom Widerstand zum Bürgerprotest

Demgegenüber sieht die bürgerliche Anti-AKW-Bewegung in der atomaren Zerstörungskraft nur eine, für den Menschen gefährliche Unvernunft,

ohne gerade darin die kapitalistische Vernunft zu erkennen, die ja schon immer nicht nur Werte sondern auch Vernichtung produziert hat (Wirtschaftskrisen, Weltkriege). Sie versucht deshalb der kapitalistischen Vernunft eine scheinbar neue, über alle Klassengrenzen hinausgehende Vernunft entgegenzusetzen. Das führt dazu, daß die Anti-AKW-Bewegung in ihrer derzeitigen Zusammensetzung kaum über eine mittelständische Basis hinauskommt.

Ihr fehlt die Einsicht und der Bezug in die materielle Produktion als Grundlage jeder Gesellschaftsform.

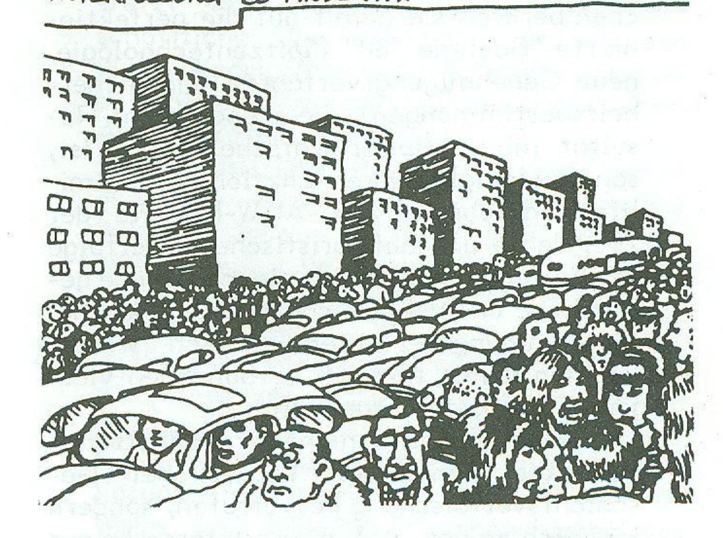
Ihr Wunsch nach einem breiten Bündnis kennt keine Grenzen und schließt sogar die Herrschenden mit ein. Eine Bewegung, die aber nur noch die Opfer benennt und keine Täter mehr kennt, hat jeden politischen Bezug verloren und findet sich im Rahmen der herrschenden Verhältnisse zusammen, um einen Abwehrkampf gegen einen noch schlimmeren Zustand als den derzeitigen zu führen. Eine zukünftige Nuklearkatastrophe, wenn sie denn kommt, geht aber direkt aus den herrschenden Verhältnissen hervor, ist ihr krassester Ausdruck. Sie kann demnach nur dann politisch richtig und strategisch wirkungsvoll bekämpft werden, wenn sie auch in diesem, ihrem eigenen, Zusammenhang begriffen wird.

Eine staatsloyale, bürgerliche Opposition wird in ihrem Widerstand spätestens an dem Punkt scheitern, wo sie über wirtschaftlich unbedeutende Vorhaben hinaus an den für das Kapital entscheidenden, strategischen Sektoren, wie dem Atomprogramm, ansetzt. Der politische Spielraum der Herrschenden ist für Zugeständnisse da besonders eng.
Jeder konsequent geführte Teilbereichskampf stößt sehr schnell an die Grenze entscheidender Kapitalinteressen. Der Widerstand wird damit vor die Entscheidung gestellt, den Kampf auf dieser Ebene zu begreifen und zu führen, oder sich dem Machtanspruch des Kapitals zu unterwerfen indem sie sich auf wirkungslose Appelle an das Gewissen der Regierenden beschränken.

Gerade deshalb klammert sich die bürgerliche Protestbewegung an die Illusion, daß möglicherweise doch ihr Protest, und nicht die Notwendigkeit der Kapitalverwertung, den Machthabern ihre Entscheidungen diktiert.

Eine reformistische Opposition,die allein auf parlamentarische Entscheidungen setzt, wird sich mit dem Almosen einer für das kapitalistische System ungefährlichen und verwertbaren Scheinreform (Bsp.: Der Katalysator für das Waldsterben) abfinden müssen. Sie wird also noch nicht einmal wirkungsvolle Teilbereichsforderungen durchsetzen können, wie es die "Sofortige Stillegung aller Atomanlagen" sein könnte.

Die Perspektivlosigkeit einer derart befriedeten Bewegung zeigt sich also nicht unbedingt an ihren (oft) verbalradikalen Forderungen, sondern daran, daß sie diese im bürgerlich-parlamentarisch en Rahmen durchzusetzen versucht.



Außerparlamentarischer Protest reduziert sich speziell für die grün/sozialdemokratischen Reformisten darauf, ihre Parlamentsarbeit über moralische Mehrheiten zu legitimieren und abzustützen. Sie vermeiden damit jede politische und militante Auseinandersetzung mit diesem System, und erheben die Befriedung der außerparlamentarischen Bewegung zu ihrem politischen Programm.
D.h., sie stellen bewußt die Quantität, die in der Verbreiterung des Widerstandes liegt, gegen seine Qualität, die im Aufbau von unkontrollierbarer, antistaatlicher Gegenmacht liegt, und spielen sie als scheinbare Gegensätze gegeneinander aus. Die Reformisten stellen sich einer Verbreiterung des Bewußtseins darüber, gegen wen es hier geht, einer Kontinuität des Widerstandes jenseits der Demokonjunktur und der Entschlossenheit, eigene Vorstellungen selbstbestimmt durchzusetzen bewußt in den Weg, um ihr Konzept einer staatsloyalen Protestbewegung durchzusetzen. Sie versuchen, das, was sich durch Demonstrationen und Aktionen an Qualitäten entwickeln könnte, zu verhindern.

Im besten Fall überlassen sie es dem Zufall, ob sich die punktuelle Betroffenheit kurzfristig aktivierter Menschen zu einem politischen Bewußtsein weiterentwickelt, oder ob Rückzug und Resignation die Folge von zerbrochenen Utopien wird.

Die Integration des Widerstandes ins kapitalistische Konzept

Die reformistischen Bewegungsstrategen arbei-

ten Hand in Hand mit den Herrschenden, die mit Propaganda und Repression jeden Ansatz eines kritischen Bewußtseins aufzufangen und zu verhindern suchen.

- Ziel der vom Innenministerium gesteuerten Kampagne "Deutsche Sicherheitsnorm" (für AKW's) ist es, die entstandenen Ängste wieder über ein künstlich erzeugtes Sicherheitsgefühl einzudämmen. Unausgesprochen berufen sie damit auf die perfektionierte "Baulinie '80" (Spitzentechnologie, neue Genehmigungsverfahren und Sicherheitsbestimmungen), die jedoch nicht Resultat ministerieller Entscheidungen ist, sondern lediglich ihre Reaktion auf die militant geführten Anti-AKW-Kämpfe der 70er Jahre und auf juristische Teilerfolge der Bewegung, die durch die mangelnde gesetzliche und behördliche Abstimmung bei Genehmigungsverfahren möglich waren, und den damit faktisch verbundenen vierjährigen Baustopp darstellt.

Das Beispiel soll nicht Krokodilstränen über die Gemeinheit bürgerlicher Geschichtsverfälschung hervorrufen, sondern lediglich zeigen, daß unsere Interessen nur gegen den Widerstand der Herrschenden durchgesetzt werden können.

Auch die, nicht im Parlament vertretenen Büttel des Kapitals (ÖDP, NPD...) greifen mit ihrer reaktionären und faschistischen Propaganda kapitalistische Krisenängste auf (Umweltzerstörung, Entfremdung, Existenzbedrohung), um sich zum jetzigen Regime als Alternative profilieren zu können und um die aufgebrochenen Ängste vor den möglichen Folgen der kapitalistischen Entwicklung so zu kanalisieren, daß der Kapitalismus als solcher nicht in Frage gestellt wird.

Die Faschisten können z.Zt. noch problemlos an den Rändern der "Angst-vor-der-Umweltzerstörung-Bewegung" ansetzen und beziehen sich teilweise in ihrer Propaganda direkt auf sie. Das muß uns die Notwendigkeit einer klaren politischen Bestimmung über Angst und Betroffenheit hinaus zeigen, die es überhaupt erst ermöglicht einen klaren Trennungsstrich zu ziehen, d.h. reaktionäre und faschistische Gruppen in jeder fortschrittlichen, gesellschaftlichen Auseinandersetzung zu isolieren.

- Die sozialdemokratischen Ausstiegsszenarien stellen in diesem Zusammenhang die wohl am meisten unterschätzte Variante kapitalistischer Krisenlösungsstrategie dar. Aus diesem Grund wollen wir im nächsten Abschnitt gesondert darauf eingehen.



Umstieg zum Einstieg in den Ausstieg

Die grün/sozialdemokratischen Ausstiegsverhandlungen nehmen die Niederlage der Anti-AKW-Bewegung vorweg, indem sie versuchen, die Bewegung auf die erreichbaren Nahziele einzuschwören. Langfristige Ausstiegsszenarien werden sich im nächsten Jahrzent lediglich auf die Stillegung einzelner Schrottreaktoren beschränken.

Der im Hauff-Bericht [2] geforderte gesellschaftliche Konsens in der Energiepolitik soll so wiederhergestellt werden, was einem wesentlichen Aspekt reformistischer Politik – der Integration des Widerstandes – entspricht. Die Atomkraft hatte sich in den letzten Jahren für die Herrschenden zunehmend als ein politisches Problem erwiesen. Je stärker der gesellschaftliche Konsens an der Frage der Atomkraft auseinanderbrach, desto stärker mußte das Atomprogramm mit militärischen Mitteln durchgesetzt werden, weil der sich dagegen entwickelnde Widerstand immer schwer zu kontrollieren war.

Beschränkt sich ein Zusammenkommen von radikalisiertem Bürgerprotest, Staatsverdrossenheit und revolutionärem Widerstand bisher immer noch auf einzelne Regionen und Situationen (Wendland, Wackersdorf), so liegt die Gefahr für den Staat darin daß sich solche Kämpfe einmal weiter ausbreiten, zuspitzen und mit anderen Kämpfen verbinden. Eine klassenkämpferische Bewegung würde die herrschenden Verhältnisse ernsthaft in Frage stellen.

Deshalb ist eine der wesentlichen Überlegungen einer sozialdemokratischen Ausstiegspolitik, wie eine neuerliche Spaltungslinie zwischen denjenigen gezogen werden kann, für die das Atomprogramm nur ein (!) Ausdruck der menschenverachtenden Verhältnisse ist, und den anderen, deren Zivilisationskritik schon mit dem ersten Anschein konkreter Schritte beruhigt werden kann.

Darüberhinaus muß jedem klar sein, daß im Rahmen dieses Systems (einmal abgesehen von Ökohöfen oder Kleinbetrieben als geduldete Nischen) grundsätzlich andere Investitionsentscheidungen, wie sie alle Modelle alternativer Energieselbstversorgung voraussetzen, nicht durchsetzbar sind. Wie wir im ersten Teil bereits gezeigt haben, würden sie die Verwertungsbedingungen maßgeblicher Kapitalträger und die zentralstaatliche Kontrolle beeinträchtigen.

Grün-illusionistischem Wahlkampfoptimismus zum Trotz (Abbau der Arbeitslosigkeit durch Energiesparmaßnahmen und Einführung umweltgerechter Produktionsweisen) können diese Energiekonzeptionen bestenfalls modellhaft zeigen, was bei vorhandenem gesellschaftlichem Reichtum, unter grundsätzlich anderen gesellschaftlichen Bedingungen möglich wäre.

Bis dahin aber werden weiterhin die äußeren Bedingungen nicht den Menschen angepaßt, sondern umgekehrt der Mensch den Bedingungen der Wirtschaft.



"Hier zeigt sich abermals die gesellschaftliche Funktion der Grünen, die einerseits als Kritiker der Auswirkungen des Kapitalismus auftreten, wohlgemerkt der Auswirkungen des unmäßigen, verrückt gewordenen Kapitalismus, andererseits – was für eine Position, die dieses System für korrigierbar hält, durchaus logisch ist – innovativ und konstruktiv wirken, Vorschläge zu seiner Verbesserung entwickeln (alternative Technologien, sinnvolle Arbeit, Grundrente) und ganz nebenbei noch aus der ökologischen Ecke Argumente liefern, die einen weiteren Angriff auf die Einkommen legitimieren helfen (z.B. höhere Strompreise zur Durchsetzung eines sparsamen Energieverbrauchs)."[3]



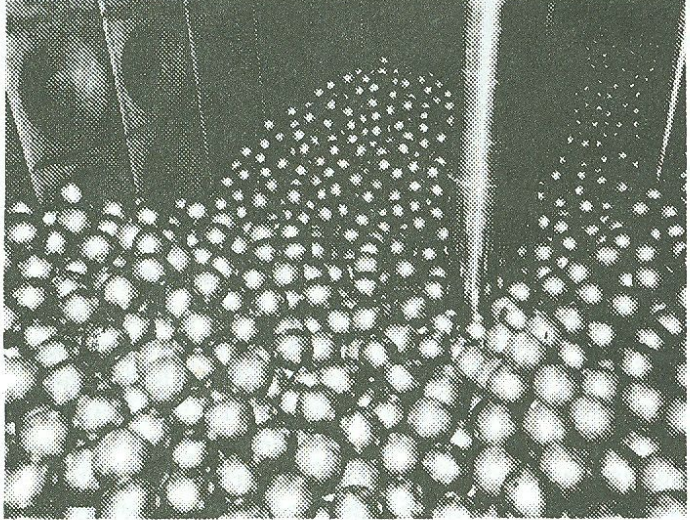
Monopolisierung und Konzentration sind im Energiesektor soweit fortgeschritten, daß einige wenige Konzerne und EVUs die Art der Energieversorgung bestimmen. Das, und die durch AKWs erreichte Stufe der Kapitalverwertung, diktieren die Bedingungen für alle zukünftigen Energieversorgungsmodelle. Realpolitische Ausstiegsszenarien werden demnach die Verfügungsgewalt der Konzerne über die Energiewirtschaft nicht in Frage stellen, sondern bestenfalls eine Hochtechnologie durch eine andere

ersetzen (von südafrikanischer Kohle für ein hochtechnologisiertes Fernwärmesystem... bis zur Vision der Kernfusion im nächsten Jahrtausend).

An diesem Punkt kommen die grün-reformistischen Interessen mit denen der Energiewirtschaft zusammen. Die einen akzeptieren jede Perspektive, die sich ihnen als vermeintlichen Ausweg vor einer atomaren Vernichtung anbietet, die anderen sehen darin eine mögliche Perspektive, den Zusammenbruch ihrer AKW-Konjunktur aufzufangen.

Die Energiewirtschaft ist seit einem knappen Jahrzehnt mit einer zunehmend verschlechterten Auftragslage konfrontiert, und spätestens mit der sogenannten "III. Fortschreibung des Atomprogramms" 1983 ist die AKW-Konjuktur zusammengebrochen. Das Atomproramm beschränkt sich seitdem auf die Schließung des Brennstoffkreislaufs (Wiederaufbereitung, End- und Zwischenlagerung). Seit 1969 verdoppelte Überkapazitäten führen schon heute dazu, daß jedes neu ans Netz gehende AKW die Stillegung anderer, auch fast neuer Anlagen, erfordert.

"Auch wenn die Atomenergie in der Zukunft keinerlei Beschränkungen unterliegen würde, müßte die Atomindustrie sich erheblich umstellen. Kein deutsches EVU plant nämlich für die nächsten 10 Jahre den Bau eines weiteren AKWs. Den Umstellungsprozess der Atomindustrie wollen wir unterstützen. (...) Da zusätzlich durch die Überangebote auf den Weltenergiemärkten Spielraum entsteht, kann davon ausgegangen werden, daß die Märkte für fossile Energieträger kurzfristig genügend elastisch sind, einen Ersatz der Atomenergie in der Bundesrepublik zu ermöglichen." (2)



Reaktorkern des Kugelbett-THTR in Hamm

Ein Umstieg auf neue Formen der Energiegewinnung, bei gleichzeitiger stufenweiser Vernichtung "alter" Produktionsanlagen würde neue Kapitalverwertungsmöglichkeiten eröffnen und damit voll im Interesse der Energiewirtschaft liegen.

Der momentan vehement zur Schau getragene Einspruch der Energiekonzerne dagegen ist lediglich darauf zurückzuführen, daß es ihnen einerseits z. Zt. noch an konkreten Konzepten zur praktischen Durchsetzung ihrer Interessen mangelt, andererseits wollen sie ihre zumindest noch kurz und mittelfristig garantierten Profite aus der Atomindustrie nicht gefährden.

An dieser Stelle wollen wir keine weiteren Spekulationen über die möglichen Entwicklungslinien einer zukünftigen Energieversorgung anstellen. Sie sind auch nicht der entscheidende Punkt. Entscheidend für uns war zunächst einmal zu zeigen, daß sich die sozialdemokratischen Ausstiegsüberlegungen in grundsätzlicher Übereinstimmung mit den kapitalistischen Interessen befinden und ihr Grund nicht in irgendeiner Neuentdeckung "ethischer" Werte (Hauff-Bericht) liegt. Damit ist gleichzeitig klar, daß auch weiterhin alle sozialen Folgen und Kosten auf uns abgewälzt werden.

Anti-AKW-Kampf und revolutionäre Politik

Die oben (S.12) schematisch beschriebenen Konfliktlösungsstrategien unterscheiden sich vordergründig zunächst einmal durch ihre Form voneinander; denn hinter den verschiedenen Interessen verschiedener Kapitalfraktionen stehen verschiedene politische Konzepte. Gemeinsam ist ihnen aber, daß sie sich nicht gegen die, den Krisen zugrundeliegenden Ursachen richten, sondern im Gegenteil darauf abzielen, den Kapitalismus auch in Krisenzeiten aufrecht zu erhalten.

Selbst wenn wir uns nur auf das Beispiel der Energieversorgung beschränken, wird daran deutlich, daß im Rahmen dieses Systems grundsätzlich andere Lebensbedingungen – die sich nach unseren Bedürfnissen und nicht nach Profitinteresse richten – nicht zu verwirklichen sind.

- Wir müssen deshalb davon weg kommen, nur AKWs oder die Technik anzugreifen, sondern wir müssen die Verhältnisse, die sie hervorbringen, bekämpfen.
- Wir wollen also eine Perspektive schaffen, in der sich punktuelle und ungleichzeitige Betroffenheit zu einem bestimmten, zielgerichteten und kontinuierlichen Kampf

weiter entwickeln können.

— Nur in einer antikapitalistischen/antiimperialistischen Orientierung unseres Widerstandes, können wir unserem Ziel — der klassenlosen Gesellschaft — näher kommen.

— Wir begreifen deshalb unsere Aufgabe darin, in und über die Anti-AKW- Bewegung hinaus revolutionäre klassenkämpferische Politik zu verankern, ohne die ein gezielter Kampf gegen "die Ursache" nicht möglich ist.

— "Die politische Arbeit muß von der konkreten Kampfsituation ausgehen, sie muß vom Besonderen jedes Kampfes ausgehen, um in dem Allgemeinen des revolutionären Kampfes wieder zusammen zu kommen."(4)

Konzepte der Gewaltlosigkeit

Der Notwendigkeit einer revolutionären Politik stehen innerhalb der Anti-AKW-Bewegung andere, aus verschiedenen Gründen gewaltfreie Positionen gegenüber. Das Bekenntnis zur Gewaltfreiheit muß dabei nicht mit einem legalistischen Staatskonformismus gleichbedeutend sein. Deshalb wollen wir in diesem Abschnitt die verschiedenen Vorstellungen der Gewaltfreiheit auf diese Frage hin untersuchen.

Zum einen sind da die legalistischen, selbsternannten Geschäftsführer der Bewegung. Sie geben vor, Gewalt als solche zu verurteilen, egal ob es sich dabei um die gewaltsame Durchsetzung der herrschenden Interessen oder um revolutionäre Gegengewalt handelt.
Otto Schily — "Gewaltmonopol des Staates anerkennen" — bekennt sich zur wehrhaften Demokratie. Bastian/Kelly fordern: "Gewalttäter isolieren... keine Solidarität...".
"Den Widerstand spalten, das muß unsere Aufgabe sein. Eine Bürgerinitiative, die sagt, wir lassen den Widerstand nicht spalten, betreibt die Vorbereitung von Gewalt, und da darf kein anständiger Mensch mehr mitmachen." Das fordert zur Abwechslung der Vorsitzende des 'CSU-Arbeitskreises Polizei', Beckstein..., was allerdings nicht mehr voneinander zu unterscheiden ist.
Die Verankerung der parlamentarischen Arbeit in der grünen Basis und die Anziehungskraft der Grünen bis in große Teile der sozialen Bewegung hinein, kann über einen derart plumpen Staatskonformismus allein nicht verstanden werden.

Wie jede andere parlamentaristische Partei sind die Grünen gezwungen, ihre Nützlichkeit für das Kapital zu dokumentieren. Die Anerkennung der Grünen innerhalb des Machtapparates beruht



auf ihrer Integrationsfähigkeit von sozialen Bewegungen. Dabei sind sie auf ein festes Standbein innerhalb dieser Bewegungen angewiesen. Sie müssen die reale Militanz von Bewegungen deshalb nicht nur tolerieren, oft brauchen sie diese geradezu, um auf institutioneller Ebene ihr Süppchen damit kochen zu können.
Schließlich gibt es zur Gewaltfrage noch die offiziell Propagierung der "Gewaltfreiheit". Mit der wird dann letztendlich die Spaltung betrieben zwischen denen, die sich in den Schoß der Gesellschaft zurückführen lassen und denen, die sich weigern. Dieser Mechanismus funktioniert blendend durch die Existenz der verschiedenen "Flügel" innerhalb der grünen Partei, die zwar nicht bewußt arbeitsteilig vorgehen, aber nur so stabilisierend wirken können: den Fundamentalisten kommt dabei der Part zu, die Verankerung in den Bewegungen überhaupt zu ermöglichen; während die Realpolitiker dafür zu sorgen haben, daß die grüne Partei vom Kapital und seinen Parteien als politischer Gesprächs- und Verhandlungspartner ernstgenommen wird. Hier wird deutlich, daß das Ziel ihrer Politik nicht der gemeinsame Kampf für die grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse ist, und das sie über diejenigen, die sich von eben diesem Kampf noch nicht verabschiedet haben, hinweggeht und sogar "gegen sie regiert" (hessische Wasserwerferkoalition). Und das sind auch Teile ihrer eigenen Basis.

Zum anderen gibt es Teile der Bewegung, die sich in Opposition zum herrschenden System befinden und gleichzeitig die Gewaltfreiheit zum Grundprinzip ihres Widerstands erhoben haben. In ihrer Staatskritik und ihrem außerparlamentarischen Selbstverständnis können wir einige Gemeinsamkeiten feststellen. Praktisch trennt uns jedoch ihr Anspruch, nicht nur die eigene Praxis, sondern auch die gesamte Bewegung auf die Gewaltfreiheit verpflichten zu wollen. Sie verabsolutieren ihre individuellen moralischen Wertvorstellungen und wirken so der Einheit des

Widerstands entgegen, indem sie jede Klassenkampfperspektive gegen das System kapitalistischer Ausbeutung außer acht lassen. Wenn sich unsere Moral am Ziel einer radikalen Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse orientiert, kann sie nicht bei der Festlegung einer individuellen Moral stehenbleiben, sondern muß auch eine kollektive Moral und Perspektive im weltweiten Klassenkampf sein.

Wenn wir also die Vorstellung gewaltfreier Staatsgegner/innen in Konsequenz zu Ende denken, so müssen sie von einer sozialen Entwicklung ausgehen, die von Massenprotest über Massenverweigerung und Generalstreik zur Kapitulation der Herrschenden führt.
Eine so lineare und undialektische Entwicklung des Widerstandes geht von einer gleichen und gleichzeitigen Bewußtseinsentwicklung und Handlungsbereitschaft aller Menschen aus. Jede einzelne Kollaboration mit dem Staat zersetzt diese Verweigerungsfront. Ein gemeinsames, gleichzeitiges und klassenübergreifendes Interesse aber, das Kollaboration ausschließt und den Staat quasi "aushungert", kann es nicht geben. Das allein schon wegen des unvereinbaren Interessensgegensatzes von Kapital und Arbeit. Außerdem beruht die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktion auf der Spaltung, Ausdifferenzierung und dem Gegeneinanderausspielen scheinbarer Interessensgegensätze und Lebenssituationen der arbeitenden Klasse.
Das, sowohl im Weltmaßstab, als auch innerhalb der Metropolen. Die Arbeitenden können sich dabei nicht aussuchen, ob sie arbeiten oder nicht – ihre Existenz hängt davon ab (es sei denn, das Hausmädchen hat soviel Kalbsfilet eingekauft, daß es reicht, bis die Kapitalisten aufgeben). Eine proletarische Klassenkampfperspektive wird sich nicht auf Verweigerung und einen passiven Abwehrkampf beschränken können, sondern müssen die eigenen Interessen offensiv gegen das Kapital durchgesetzt werden. Jede Gewaltanwendung kategorisch abzulehnen läßt außer acht, daß die herrschende Klasse alles zu verlieren hat und Zehntausende von Menschen (Militär, Bullen, Justiz ...) einsetzen, um jede Veränderung der Lebensbedingungen zu verhindern. Sie beugen sich nicht einem proletarischen Klasseninteresse, weil es massenhaftig ist, sondern weil es sie kompromißlos bekämpft und ihnen die Macht entreissen wird.
Nur im Zusammenwirken der Klassenkämpfe (industrielle Streiks, Aufstände in den Slums der Großstädte, soziale Bewegungen...) und dem Aufbau bewaffneter Gegenmacht, kann ihre Herrschaft gebrochen werden.

Weiterhin gibt es viele, die vor Gewalt einfach Angst haben. Angst davor, Gewalt erleiden zu müssen, und davor, sie selbst auszuüben. Das ist ehrlich und klar und muß auch so akzeptiert werden. Doch revolutionäre Gewalt ist keine individuelle Gewalt. Sie hängt nicht von persönlicher Angstlosigkeit ab, und sie entsteht nicht aus individueller Härte. Politisch zu handeln heißt für uns auch, die eigene Angst in jeder Auseinandersetzung immer wieder neu überwinden zu müssen und trotzdem zu kämpfen. Der revolutionäre Kampf hilft dabei auch die permanente Angst, als Folge der kapitalistischen Ausbeutung und Bedrohung – 40 Jahre Maloche, Isolation, Entfremdung – zu überwinden. Persönliche Angst, die zum Rückzug führt, wird dagegen die gesellschaftlichen Ursachen dieser Angst nie aufheben können.
Im revolutionären Kampf beruht die Entscheidung zur Gewaltanwendung lediglich auf einer taktischen Entscheidung, ist Gewalt nur ein! – wenn auch wichtiges – Mittel. Für die Überwindung des kapitalistischen Systems werden nicht alle Kämpfe bewaffnet geführt, aber die persönliche Angst vor der gewaltsamen Konfrontation kann kein Hindernis sein, sich auf die richtige Seite der Barrikade zu stellen.

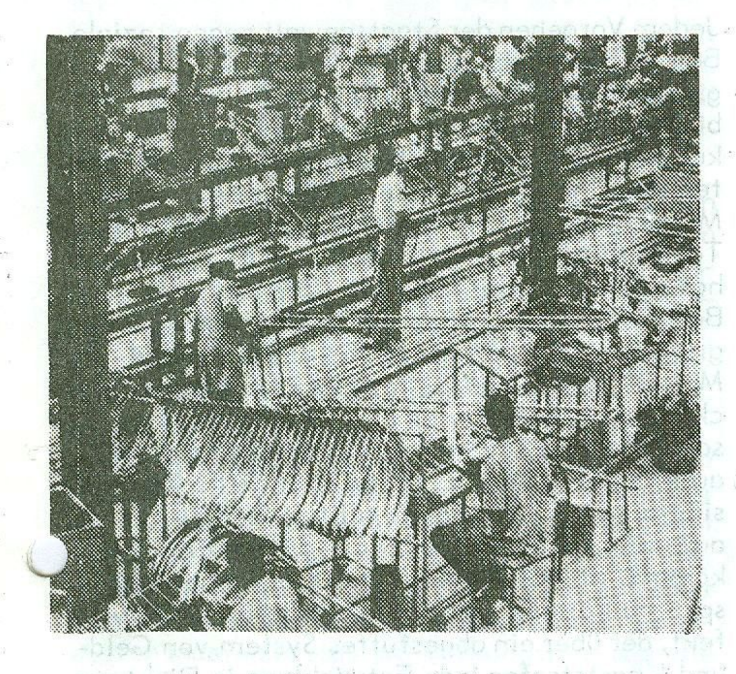


KAPITALISTISCHE HERRSCHAFTSSICHERUNG UND KLASSENKAMPF

Die Gewalt ist die Grundlage des bürgerlichen Staates

Die kapitalistische Produktionsweise – als das Grundverhältnis der Gesellschaft – beruht weltweit darauf, den Arbeitenden das vorzuenthalten, was sie an Reichtum produzieren. Durch die menschliche Arbeit werden Werte geschaffen, über die nicht mehr der Arbeitende sondern der Besitzer der Produktionsmittel – der Kapitalist – verfügt. Aus dieser, vom Kapitalisten angeeigneten, unbezahlten Mehrarbeit schöpft er den Mehrwert und seinen Profit. Der Mehrwert hat seinen Ursprung in der Tatsache, daß eine Differenz besteht, zwischen dem Wert, den der Arbeiter produziert, und dem Wert der Waren, die er für seinen Unterhalt und letzlich für sein Überleben als Arbeiter braucht.

Die Lohnarbeit ist also das grundlegende Gewaltverhältnis dieser Gesellschaft.



Wie jede gesellschaftliche Produktionsweise bringt auch die kapitalistische Produktionsweise ihre besondere gesellschaftliche Organisationsform hervor. Der bürgerliche Staat (also auch der BRD-Staat) ist aus der für das Kapital bestehenden Notwendigkeit hervorgegangen, in allen Bereichen und auf allen gesellschaftlichen Ebenen die Grundlagen für die kapitalistische Produktionsweise zu sichern und zu erweitern. Die Aufgabe des Staates besteht also darin, die kapitalistische Aneignung des gesellschaftlich produzierten Reichtums mit Gewalt immer wieder gegen den Widerstand der Ausgebeuteten durchzusetzen.

– Die Kontrolle der Medien und das Monopol auf Schul- und Bildungswesen sichern eine umfassende Konditionierung der Menschen auf die herrschenden Normen und Anforderungen.
– Indem der Staat mit seiner herrschenden Moral die soziale und kulturelle Unterdrückung der Frauen durch die Männer unterstützt und betreibt, macht er die wirtschaftliche Überausbeutung der Frauen durch Niedriglöhne und unbezahlte Hausarbeit für die Reproduktion der männlichen Arbeitskraft erst möglich.
– Durch rassistische Propaganda und Ausländerpolitik werden die Existenzängste der Arbeitslosigkeit so kanalisiert, daß sie nicht zu einer Bedrohung für die eigentlichen Verantwortlichen, Staat und Kapital, werden können.
– Die herrschende Architektur und Stadtplanung dient dazu Abhängigkeits- und Rollenstrukturen zu zementieren, und folgt außer dem polizeilichen und militärischen Vorgaben. So dient die Entflechtung von Wohn- und Arbeits/Gewerbegebieten der besseren Kontrolle der Bevölkerung, und werden ganze Wohnviertel so gebaut, daß ein schneller Auf- und Durchmarsch von Truppen möglich ist.
– Der strukturelle und technologische Ausbau der sozialen Kontrolle (Personalausweis, Schleppnetzfahndung...) soll Protest und Widerstand schneller erfassen, lokalisieren und bekämpfen helfen.

Diese Beispiele von Eingriffen des Staates in die Gesellschaft dienen ausschließlich der Erhaltung der Herrschaft des Kapitals. Auch das Atomprogramm ist weder als Bösartigkeit noch als Versehen zu verstehen, sondern es entspringt der Notwendigkeit der Kapitalverwertung der sich in dieser Gesellschaft alles unterzuordnen hat.

Der bürgerliche Staat: eine Gruppe bewaffneter Menschen

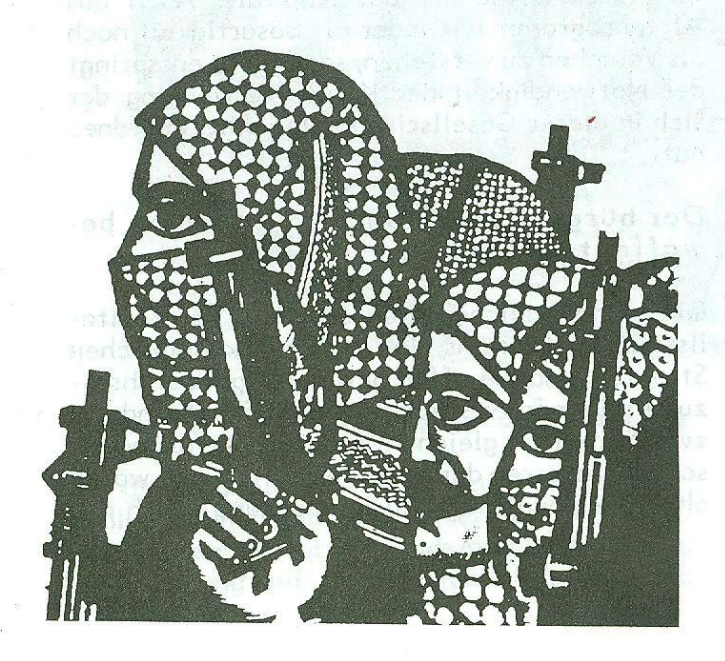
Die grundsätzliche, latente Gewalt des kapitalistischen Systems in seiner ökonomischen Struktur, und die offen gewalttätige Durchsetzung seiner Interessen durch den Staat sind die zwei Seiten der gleichen Medaille. Die ökonomischen Interessen der herrschenden Klasse wären ohne die bewaffnete Rückendeckung durch das

Gewaltmonopol des Staates gar nicht durchzusetzen. Die beiden Seiten der Medaille bedingen sich wechselseitig.

Die Interessen des Kapitals müssen aber auch weltweit gewahrt werden. Die Notwendigkeit der Kapitalverwertung und Profitabschöpfung geht über alle nationalen Grenzen hinweg. Ebenso die Notwendigkeit der bewaffneten Absicherung.
Während die EG gegen Libyen ökonomische Maßnahmen (Sanktionen) bevorzugt hatte, schritt die USA zum militärischen Einsatz und fand prompt auch dafür die direkte europäische Unterstützung (britische Flughäfen, Kommandozentrale in der BRD). Wie die USA orientierte sich die EG dabei nur an der Sicherung ihres Machtanspruchs im Mittelmeerram und im Nahen Osten.

Der Krieg, von dem hier die Rede ist, wird bereits weltweit geführt. Nicht als erklärter Krieg zwischen Nationalstaaten, sondern in Form imperialistischer Ausbeutung und als permanente, offene und verdeckte Intervention zur Erhaltung der Märkte. Die bewaffnete Gewalt ist darin die konsequente Fortführung der ökonomischen Strategie. Dazu ein Zitat des südafrikanischen Kriegsministers General Malan:

"Total Strategy heisst, daß jedes Mittel des Staates eine Waffe wird. Es handelt sich um eine Schlacht, in der der Soldat in den Hintergrund rückt. Aber der Geschäftsmann, der Diplomat, der Wirtschaftswissenschaftler, der Industriemanager, der Psychologe etc. rücken in den Brennpunkt der Szene. Ebenso sind Diplomatie, Industrie, Handel und Technologie Waffen geworden. Dabei ist die Wirtschaft nur eines der Hauptschlachtfelder."



Integration und Repression (Zuckerbrot und Peitsche)

Wenn der Staat auch in letzter Konsequenz eine Gruppe bewaffneter Menschen ist und wenn auch die Macht der herrschenden Klasse letzten Endes aus den Gewehrläufen kommt, so kann er sich trotzdem nicht darauf beschränken.

Schon Napoleon Bonaparte sagte, daß man mit Bajonetten alles machen könne, außer sich darauf setzen, denn eine Klassengesellschaft, die sich nur auf bewaffnete Gewalt stützt, befände sich im äußersten Krisenzustand – im permanenten Bürgerkrieg. Deshalb muß der Staat in seiner Reaktion auf politische Bewegungen und Kämpfe selektiv vorgehen. Die jeweilige Gangart, vom scheinbaren Zugeständnis bis zur völligen Zerschlagung und Liquidierung hängt davon ab, welche Inhalte die Bewegung hat, in welcher Form sie kämpft, und welche Schichten der Bevölkerung sie tragen; also: in welchem Grad er sich durch sie gefährdet sieht.

Jedem Vorgehen der Staatsgewalt gegen soziale Bewegungen liegt also das Verhältnis von Integration und Repression zugrunde. Solange die bürgerliche Protestbewegungen nur die Auswirkungen und nicht deren Ursache kritisieren, bieten sie den herrschenden Krisenverwaltern die Möglichkeit, ihren Protest mit reformistischen Taktiken zu befrieden (siehe Teil II). Der Staat hat darüber hinaus sogar die Chance, Teile der Bewegung direkt in seine Strukturen zu integrieren (siehe Wasserwerfer-Joschka und Jo Moselfischer !) und kann so den Anschein erwecken, als gäbe es eine Umsetzung der politischen Forderungen innerhalb des Systems. Voraussetzung dafür ist, daß der staatliche Repressionsapparat jede andere politische Perspektive außer der parlamentarischen ausblendet und bekämpft. Im Mittelpunkt der staatlichen Rechtsprechung steht deshalb der Abschreckungseffekt, der über ein abgestuftes System von Geld- und Knaststrafen jede Entwicklung in Richtung eines selbstbestimmten Widerstandes auch in seinen Anfängen zu verhindern sucht.

Diese Strategie führt aber auch oft dazu, daß die Repression in ihrer Härte auch Teile der Bewegung trifft, die potentiell noch für ihre Integrationsstrategien erreichbar wären (wie in Brokdorf, Kleve, Hamburg '86). In solchen Situationen kommt meist eine kurzfristige Solidarisierung von reformistischen und gewaltfreien mit revolutionären bzw. militanten Kräften der Bewegung zustande. Sie beruht nicht auf einer praktischen Solidarität mit der revolutionären Linken, sondern ist in erster Linie eine Solidarisierung gegen die Repression, die in diesem Fall alle trifft. Eine Solidarität mit den Opfern also.

Die Kritik der reformistischen Linken in der

BRD an der offen gewaltätigen "Krisenlösung" des Staates, beschränkt sich auf Protest gegen die Form und mobilisiert niemals gegen die Herrschaft als solche. Die Forderung der Grünen nach Abschaffung von kasernierter Bereitschaftspolizei und SEKs (Packen wir's an!!) weckt die illusionäre Hoffnung, daß der Staat zur Sicherung der Kapitalinteressen auf seine Bürgerkriegstruppen verzichten könnte; daß also reformistische Politik ohne eine gewaltsame Repression existieren könnte.

Unser politischer Kampf richtet sich deshalb nicht gegen die Härte der Repression sondern gegen die Herrschenden, die sie ausüben. Unsere Orientierung ist nicht die Erträglichkeit von etwas weniger, oder die Unerträglichkeit von etwas mehr Unterdrückung, sondern die revolutionäre Perspektive gegen das gesamte kapitalistische System der weltweiten Unterdrückung.

Wenn der Widerstand die Grundprinzipien dieser Gesellschaftsordnung, wie das Gewaltmonopol des Staates, die Unantastbarkeit von Privateigentum und, vor allem, das Delegieren sozialer Interessen an Stellvertreter im parlamentarischen Apparat nicht mehr anerkennt, weil er sich gegen das kapitalistische System als solches richtet, zielt die staatliche Repression nicht nur auf die Abschreckung sondern auch auf die Zerschlagung des Widerstandes ab. Auf militante Kämpfe wird deshalb mit verschärfter Repression geantwortet, weil Militanz in diesem Sinne nicht nur Form, sondern auch Inhalt einer Bewegung ist: sie ist Ausdruck der Nichtanerkennung des staatlichen Machtanspruchs und beinhaltet damit die Perspektive seiner Abschaffung. Sie zeigt die Angreifbarkeit des Staates und untergräbt so das Bewußtsein von dessen uneingeschränkter Autorität. Genau dies, und daß sich dadurch radikale Kampfformen ausbreiten, muß der Staat mit allen Mitteln verhindern.



"Es ist das Ziel der Regierung, die Loyalität der Bevölkerung, falls notwendig, wiederzugewinnen und sie dann zu erhalten. Zu diesem Zweck muß die Regierung alle, die mit der Subversion verbunden sind, ausschalten. Wenn aber die Regierung die subversive Partei einschließlich ihrer gesamten bewaffneten und unbewaffneten Gefolgschaft ausschalten will, muß sie Kontrolle über die Bevölkerung gewinnen."(5)



Pan-Foto

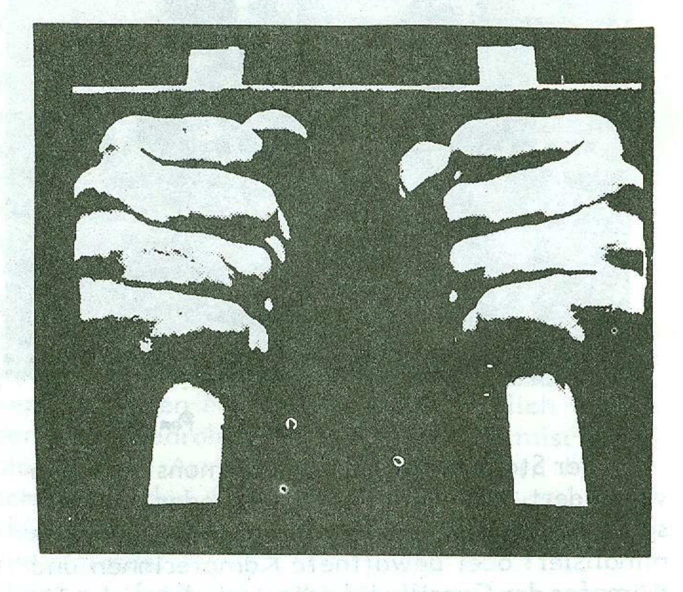
Ob der Staat Blockaden und Demonstrationen verhindert, Streiks verbietet oder niederschlägt, Berufsverbote verhängt, Militante kriminalisiert oder bewaffnete Kämpferinnen und Kämpfer der Guerilla liquidiert, sind nur, der Situation angepaßte, Varianten der Herrschaftssicherung.

An den Notstandsgesetzen wird deutlich, daß der Ausbau der Repressionsmaßnahmen bereits präventiv gegen alle antikapitalistischen Bewegungen durchgesetzt wird.

"Die Gewährleistung des inneren Friedens in unserem Staat gegen politisch motivierte Kriminalität ist eine Aufgabe, die der Justiz schon bald nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland, nämlich durch das Strafrechtsänderungsge setz vom 30.08.1951, zugewiesen worden ist. Dem Gesetzgeber ging es bei jener Novelle vor allem darum, dem sogenannten gewaltlosen Umsturz entgegenzuwirken, wie er

damals von kommunistischer Seite angestrebt wurde. Durch das Einschreiten der Strafjustiz konnte die illegale KPD und ihre Tarnorganisationen im wesentlichen zerschlagen werden. In der ersten Hälfte unseres Jahrzehnts erwuchs der Strafrechtspflege eine neue Aufgabe unter anderen Bedingungen, nachdem Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof, Horst Mahler und andere versucht hatten, in der Bundesrepublik eine bewaffnete Untergrundarmee aufzubauen. Mit der Strafverfolgung terroristischer Gewalttäter leisten Staatsanwaltschaften und Gerichte heute ihren Beitrag zur Gewährleistung des inneren Friedens und der inneren Sicherheit in unserem Staat."(6)

Die unmittelbare historische Verknüpfung der KPD-Bekämpfung in den 50er und 60er Jahren mit der Guerilla-Bekämpfung seit den 70er Jahren macht es vollends deutlich: Nicht die Formen des Kampfes – gewaltsam oder nicht gewaltsam – sind der Grund für das strafrechtlich verkleidete Sonderinstrumentarium der Repression, sondern ihr Inhalt, d.h. ihr revolutionärer Inhalt.



Die Argumentation, daß militant geführte Kämpfe einer Bewegung schaden, weil sie zur Verschärfung der Repression führen, geht somit an der Wirklichkeit vorbei.

"Wer sich freiwillig einem Herrn unterwirft und sich ausbeuten läßt, der hat keine Repressalien zu fürchten. Wenn er sich verweigert, wird er mit Gewalt gezwungen, und je stärker sein Widerstand wird, umso stärker wird der Terror der Herrschenden. Wäre es anders, würde es keine Herrscher und keine Beherrschten geben. Die Alternative, quasi 'freiwillig' auf Selbstbestimmung zu verzichten, damit man nicht mit terroristischen Methoden unterworfen wird, ist keine. (...)
Daß Aktionen oder angeblich drohende Aktionen von Minderheiten und kleinen Gruppen herhalten müssen (die bürgerlichen Freiheitsrechte einzuschränken und den Unterdrückungsapparat auszubauen) ist allerdings eine aus dem Faschismus bekannte Methode. (...)
Der Patron sagt: Bedankt Euch bei den Faulen, wenn wir weniger Lohn zahlen! Der Gesetzgeber sagt: Bedankt Euch bei den Dickschädeligen, wenn wir dickere Knüppel nehmen müssen! Die SS sagt: Bedankt Euch bei den Partisanen, wenn wir das ganze Dorf massakrieren! (...)
Wenden wir doch mal diese Argumentation gegen die Herrschenden: Ausbeutung des Volkes, Polizei- und Gefängnisterror führen immer wieder zu verstärktem Widerstand und blutigen Revolutionen."(7)



Militante revolutionäre Politik – Aktion und Vermittlung/Propaganda

Militanz ist zunächst einmal nur die Art des Vorgehens, unabhängig davon welche Interessen verfolgt werden. Wir bezeichnen mit Militanz eine Form revolutionärer Politik, die nicht erduldet und die Veränderung der Verhältnisse an Stellvertreter delegiert, sondern selbstbestimmt eingreift. Das schließt die Anwendung von Gewalt mit ein. Ebenso wie militante wenden wir gewaltlose Aktionsformen an, wenn es damit möglich ist, Verbesserungen zu erreichen und unserem Ziel, die Revolution zu machen, näher zu kommen.

Unter revolutionärer Politik verstehen wir einerseits, durch das Aufzeigen von Ursachen, Zusammenhängen und Verantwortlichkeiten bei möglichst vielen Menschen ein Bewußtsein über die eigene Lage zu schaffen und ihrer Loyalität zum Staat so das Bewußtsein über die Notwendigkeit ihn zu bekämpfen entgegenzusetzen. Das steht und fällt nicht damit, ob durch ein militantes Vorgehen in einer bestimmten Situation ein konkretes kapitalistisches Projekt ver-

hindert werden kann (...ob eine Demonstration nach Brokdorf den Bauplatz wieder zur Wiese machen konnte...); denn es geht uns dabei um die längerfristige Entwicklung zu einem kontinuierlichen, antikapitalistischen Widerstand.

Das System militant bekämpfen heißt also nicht nur militärisch bekämpfen – denn Herrschaft drückt sich auch nicht nur militärisch aus – sondern heißt, durch organisierte Gegeninformation, Gegenöffentlichkeit, Diskussion und Aufklärung den erzwungenen Konsens mit diesem Staat aufzubrechen.

Aber: "Die Waffe der Kritik ersetzt nicht die Kritik der Waffen"! (Marx)

Deshalb ist andererseits revolutionäre Politik auch darauf ausgerichtet, materiell in die kapitalistische Struktur einzugreifen. Sie nimmt das Ziel – Nichtanerkennung von Eigentum und Herrschaft – in ihrer Form vorweg. Durch das Angreifen der verantwortlichen Institutionen auf Demos, ebenso wie durch Streiks, Betriebsbesetzungen und Fabriksabotage oder verdeckte Aktionen.

Revolutionäre Praxis enthält in ihrem Kern immer gleichzeitig eine politische, bewußtseinschaffende Qualität als auch eine politische, materielle Qualität. Beide Seiten bedingen sich, auch wenn sie in den jeweiligen konkreten Situationen ein unterschiedliches Gewicht haben können. Während in einer legalen und öffentlichen Aktivität (Diskussionen, Publikationen, Veranstaltungen, Demos) hauptsächlich die Chance einer breiten Auseinandersetzung und Mobilisierung liegt, aber kaum die Möglichkeit gezielt materiell einzugreifen, so sind bei der verdeckten Aktion zwar diese Voraussetzungen erfüllt, aber eine breite Vermittlung und das Ansprechen und Einbeziehen neuer Leute kaum noch möglich (Repression und Nachrichtensperre).

In unserer Vorstellung von politischer Arbeit wollen wir auf keinen der Ansatzpunkte verzichten. Deshalb müssen wir unsere Mittel gezielt der jeweiligen Situation anpassen.

Weder sind hier heute die Fronten so klar, daß wir auf Information und Gegenöffentlichkeit verzichten könnten, noch sind sie so unklar, daß ein direkter Angriff niemandem zu vermitteln wäre.

Militanz muß Teil der revolutionären Strategie heute schon sein, weil nicht durch die Perspektive auf den fernen Tag X eine revolutionäre Massenbewegung entstehen kann ("zum letzten Gefecht"), sondern durch die mobilisierende Wirkung der Kämpfe die heute stattfinden.

Revolutionäre Kämpfe gehen aus den gesellschaftlichen Widersprüchen hervor und zeigen, daß es möglich ist sich zu wehren und zurückzuschlagen und auch zu siegen und Ausbeutung und Unterdrückung abzuschaffen.



Tan-Foto



Revolutionäre Politik heißt auch Kampf gegen das Patriarchat

Im vorhergehenden Text wurde die Notwendigkeit eines revolutionären Politik dargelegt. Im folgenden wollen wir aufzeigen, daß zwischen dem Verständnis revolutionärer Politik von Männern und dem von Frauen Unterschiede bestehen, wobei die Notwendigkeit des Kampfes gegen Kapitalismus und Imperialismus auch für Frauen gilt.

Die besondere Gefährdung der Frauen und der Kinder durch Atomkraft liegt nicht in den verstrahlten Himbeeren, denn nach dem Super-GAU von Tschernobyl ist besonders deutlich geworden, wie Frauen in ihr gesellschaftliches Rollenverhalten zurückgedrängt werden. Sie sind es, die sich Gedanken darüber machen, ob sie in diese Welt ein Kind setzen wollen, das, wenn es trotz Strahlenschäden und eventueller Veränderungen des Erbmaterials gesund auf die Welt kommt, in dieser Welt leben muß. Sie kümmern sich darum, was sie ihrer Familie zu essen geben sollen (Initiative Trockenmilch GmbH); sie achten darauf, daß die Kinder bei Regen nicht nach draußen gehen usw.

Das hier herrschende kapitalistische System funktioniert nicht ohne die Unterdrückung von Frauen. Das Patriarchat ist eine tragende Säule des Kapitalismus, aber nicht mit ihm identisch und wird so durch eine gesellschaftliche Veränderung nicht automatisch abgeschafft. Im folgenden Text wollen wir dies genauer beschreiben.

Frauen werden vom Patriarchat zerstört in allen Formen eines eigenständigen Bewußtseins, das sich in eigener Geschichte und Kultur ausdrückt. Sexismus dient als Herrschafts- und Spaltungsmittel. Sexismus und Rassismus sind nicht nur eine Sache des falschen Bewußtseins sondern resultieren aus den ökonomischen Verhältnissen, die beides immer wieder reproduzieren.

Frauenunterdrückung ist älter als der Kapitalismus. Die Wurzel der Unterdrückung liegt nicht in der Fähigkeit der Frauen Kinder zu bekommen. Das patriarchale System schafft jedoch eine spezielle Arbeitsteilung, die Frauen die Aufgabe des Kindergebärens, der alleinigen Aufzucht dieser und die Hausarbeit zuweist, oder sie je nach Bedarf in der Industrie ausbeutet.

Mit der biologischen "Natur" der Frau wird wie mit allen Naturressourcen umgegangen; sie wird je nach ökonomischen Bedürfnissen unterschiedlich ausgebeutet: in den Ländern der Dreikontinente werden Frauen zwangssterilisiert, in den westlichen Ländern versuchen sie die Frauen derzeit durch Propaganda zum Kindergebären zu animieren und so die Heim- und Herdideologie zu verwirklichen. Die Ausbeutung der Gebährfähigkeit der Frau wird ergänzt durch den Rassismus (nur das vom Aussterben bedrohte deutsche Volk ist zu erhalten).

Diese ausbeuterische Beziehung zur Natur und die wahnwitzige Vorstellung die Natur beherrschen zu können, kennzeichnen den Kapitalismus.



Die geschlechtliche und rassistische Arbeitsteilung hat sich in Anpassung an die Produktionsverhältnisse entwickelt. Frauen sind zuständig für die Reproduktion der ausgebeuteten Arbeitskraft des Mannes. Wenn Frauen zusätzlich berufstätig sind, sind sie entweder in typische Frauenberufe abgedrängt worden, sind unterqualifiziert, werden je nach wirtschaftlicher Situation als industrielle Reservearmee genutzt und werden häufig bei gleicher Arbeitsleistung schlechter bezahlt (Leichtlohngruppen).

Berufstätige Frauen und Hausfrauen leisten 2/3 der gesamtgesellschaftlichen Arbeit und erhalten dafür weit weniger als 1/3 der ausgezahlten Löhne.

Arbeitsteilung ist somit die ökonomische, soziale und kulturelle Grundlage der Mehrfachausbeutung der Frauen durch den Kapitalismus. Der Kapitalismus kann das legitimieren, weil Frauen seit jeher diskriminiert werden.

Der Imperialismus, als höchste Stufe des Kapitalismus, manifestiert sich in den Ländern der Dreikontinente in der Strategie der Vernichtung, d.h. Ausbeutung "ohne Rücksicht auf Verluste". Diese Ausbeutung produziert ein Gewaltpotential, das sich auch dort hauptsächlich gegen Frauen richtet, denn die Aggression, die aus der Ausbeutung des Mannes resultieren, müssen ein Ventil finden. Dies findet auch in den westlichen Ländern statt, jedoch sind hier die Gewaltverhältnisse verschleierter. In den letzten Jahren ist ein Ansteigen von Gewaltdelikten gegen Frauen in den Ländern festgestellt worden, wo formal Gleichberechtigung vertreten wird.

Offene Gewaltanwendung von Männern gegen Frauen ist in ihrem Ausmaß deutlicher gemacht worden, gerade dadurch, daß Frauen sich zur Wehr gesetzt haben. Gewalt gegen Frauen wird gedeckt durch Justiz- und Bullenapparat. Dies zeigt sich in der Verdeutlichung der Gewaltverhältnisse zwischen Männern und Frauen, in der Ehe und Familie als das System patriarchaler Herrschaftssicherung (straffreie Vergewaltigung in der Ehe, Vergewaltigungsprozesse). Frauen werden in der Ehe und Beziehung als Besitz des Mannes betrachtet.

Der propagierte Anspruch der Gleichstellung der Frauen ist eine Farce angesicht der Realität ihrer gewaltsamen Unterdrückung. Der Großteil der Frauen weicht einer offenen Konfrontation mit der Macht und der Gewalt aus. Sie bleiben im inneren Exil, denn die gesellschaftlichen Institutionen wie Regierungssystem, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Medien, Kirche, Polizei und Militär werden von Männern beherrscht und geprägt.





Die Verinnerlichung des Frauseins durch die Frau als effektivste Form der Herrschaftssicherung läuft über eine Verhinderung der Selbstbewußtwerdung durch Erziehung und Moral ab, die Normen setzen und Anpassung erzwingen. Frauen werden ökonomisch und moralisch abhängig gemacht, werden isoliert und sollen sich nur über den Mann definieren können, ihre eigenständige Persönlichkeit und ihre Forderungen dürfen sie nicht entwickeln und artikulieren.

Frauen werden von der Gesellschaft dazu gezwungen sich selbst und ihre Körper zu verleugnen (dies äußert sich z.B. in Freß- und Magersucht). Sie dürfen keine eigene Sexualität entwickeln (weder zu Frauen noch zu Männern), sondern müssen sich den Schwanzträgern zur Befriedigung zur Verfügung stellen, sich prostituieren. Dieser Zustand führt eher zur Aufgabe der Identität als zum Kampf gegen die Unterdrückung. Die revolutionäre Stärke liegt in der Verbindung zwischen dem Abschaffen des persönlichen Leidens und der Notwendigkeit einer sozialen Umwälzung der bestehenden Verhältnisse.

1919 erkämpften Frauen das Wahlrecht, jedoch war und ist mit dem Stimmzettel sowieso keine grundlegende gesellschaftliche Veränderung zu bewirken, sondern die Wahlen dienen nur noch einer Legitimation der Herrschenden. Frauen wurden zum Studium an den Universitäten zugelassen, zu einem Wissenschaftapparat, der zunehmend auf die Bekämpfung der Arbeiter-

schaft ausgerichtet wurde und damit gegen die Emanzipation der Frau.
Wir lehnen eine Forderung nach Gleichberechtigung im üblichen Sinne ab. Die Forderung nach Gleichberechtigung bedeutet Forderung nach gleicher Unterdrückung, Arbeiterin neben Arbeiter. Wir wollen eine Emanzipation im Sinne von Befreiung durch Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, Aufhebung der hierarchischen Gesellschaftsstruktur zugunsten einer klassenlosen Gesellschaft. Gleichberechtigung kann Frauen aus der Mittelschicht etwas bringen, nicht aber dem revolutionären Subjekt, also denjenigen, die aufgrund ihrer gesellschaftlichen Situation ein Interesse an revolutionärer Veränderung des Systems haben, der proletarischen Frau.

Für weniger abhängige Frauen gibt es ökonomische Nischen in dieser Gesellschaft, in der sie ein subjektives Glück finden, jedoch ist ein objektives Glück erst möglich nach einer Umwälzung der bestehenden Verhältnisse.

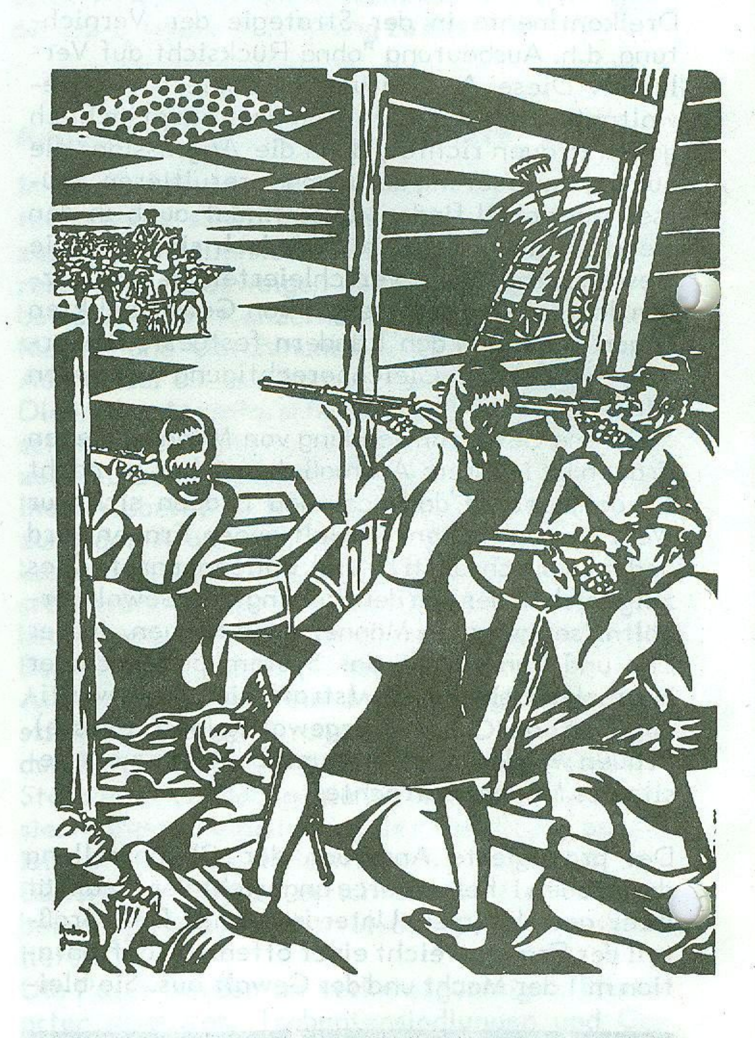
Frauen, die ihr Leben mit Hausarbeit zubringen, sind vom Leben ausgeschlossen. Die Hausarbeit bringt Monotonie mit sich. Gerade unter Hausfrauen ist der Drogenkonsum (Alkohol und Tabletten) verbreitet. Nicht nur Monotonie prägt das Leben der Hausfrau, sondern auch Isolation und Abgeschiedenheit. Deshalb ist unsere Forderung nicht Lohn für Hausarbeit. Denn das würde eine Festlegung auf die Hausfrauenrolle bedeuten.

Wir geben uns nicht mit Reformen zufrieden, die eine Gleichberechtigung erzeugen sollen (z.B. Quotierung).

Der Kapitalismus ist nicht reformierbar, jedoch sind Reformen nützlich zur Verbesserung der Lebensbedingungen und somit zur Verbesserung der Kampfbedingungen. Reformen heben den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit nicht auf, sondern verschärfen ihn: durch Reformen wird einerseits das Anspruchsbildung der lohnabhängigen Klasse verstärkt und steigt, andererseits werden dadurch die Widersprüche zwischen den Metropolen und den Dreikontinenten verschärft.
Für den Imperialismus heißt das entweder eine Intensivierung der Ausbeutung in den Dreikontinenten, um den Ansprüchen der Arbeiter in den Metropolen gerecht zu werden oder eine Rücknahme von Reformen, die soziale Errungenschaften der Arbeiterbewegung gebracht haben (soziale Reaktion) oder beides.

Die Widersprüche im Imperialismus spitzen sich zu. Wenn es zu einer Intensivierung der Ausbeutung in den Dreikontinenten kommt, wird der Imperialismus mit Reaktionen der Befreiungsbewegungen zu rechnen haben oder bei einer sozialen Reaktion bekommt er die Verschärfung des Klassenkampfes in den Industriestaaten zu spüren.

Durch Verinnerlichung des gesellschaftlichen Rollenverhaltens wird Frauen aufgezwungen, daß ein Auflehnen gegen die bestehenden Verhältnisse, Anwendung von Gewalt und damit eine Gefährdung des Systems nicht in ihrer Natur liegen.



Einige Frauen haben angefangen ihren Kampf gegen Sexismus, Patriarchat und Kapitalismus in praktische Militanz umzusetzen, wobei sich diese Militanz von der der Männer unterscheidet.

Wenn Frauen bereit sind Ängste und Unsicherheiten zuzugeben, wird dies von Männern als Schwäche ausgelegt und viele Frauen ziehen sich daraufhin zurück, arbeiten nur noch mit Frauen zusammen, lassen sich bei der Planung von Aktionen mit Handlangertätigkeiten abspeisen oder übernehmen verstärkt männliche Verhaltensweisen.

Wir empfinden die Fähigkeit Ängste und Unsicherheiten zuzugeben als Stärke, denn wir lernen indem wir uns unsere Ängste und Unsicherheiten bewußt machen, damit umzugehen und sie zu überwinden, so daß sich daraus eine konstante Stärke entwickeln und unser Widerstand immer mehr wachsen kann.

Natürlich haben auch wir aufgrund unserer Sozialisation in diesem patriarchalen System unsere Schwierigkeiten zwischen dem theoretischen Bewußtsein und der leider noch vorhandenen praktischen Inkonsequenz, doch durch solidarische gegenseitige Kritik und Selbstkritik entwickeln wir immer mehr Vertrauen und Zusammenhalt, der uns immer selbstbewußter werden läßt.

Aufgrund der hierarchischen Unterdrückungsstrukturen des kapitalistischen Systems entwickeln wir die Notwendigkeit eigener Militanz, die sich einmal gegen das System an sich richtet und zum anderen gegen Männer (auch gegen sogenannte Linke), die nicht bereit sind, hierarchische Strukturen aufzubrechen.

Daher müssen Kämpfe gegen Klassengesellschaft und Patriarchat parallel, ineinandergreifend und sich gegenseitig unterstützend geführt werden, um im Sinne des Anstrebens einer völlig herrschaftsfreien Gesellschaft, die Erfolgsmöglichkeiten zu vergrößern. Wann immer der proletarische Patriarch Frauen ausbeutet und unterdrückt, mag er auch noch so klassenbewußt sein, richtet sich unser Kampf gegen ihn, auch

wenn er hier nicht auf die Vernichtung des 'Feindes Mann' zielt, sondern auf die Veränderung von dessen Bewußtsein und dem daraus resultierenden Handeln.

Wir finden es wichtig, unseren Kampf gegen das herrschende kapitalistische System mit Männern zusammen zu führen, Jedoch sollten Frauen sich parallel dazu in Frauengruppen organisieren, einerseits zur Selbstbewußtwerdung, andererseits zum Einwirken auf hierarchische Strukturen in der revolutionären Linken und drittens nach außen hin anderen Frauen klar zu machen, welchen Unterdrückungsmechanismen sie unterliegen.

Militanz ist für uns kein Zustand, der einfach so, sozusagen über Nacht, existiert. Militanz entwickelt sich durch konkrete Erfahrungen mit diesem System.Diese Erfahrungen können Frauen machen

- durch den täglichen Sexismus, der sich u.a. in Anmache auf der Straße zeigt,
- auf Demonstrationen, wenn Frauen erleben, wie das Gewaltmonopol des Staates auf Demonstranten einschlägt,
- wenn Frauen sich bewußt machen, daß auf Polizeiwachen mehrfach Frauen von Polizisten vergewaltigt worden sind und vergewaltigt werden,
- wenn sie erleben, wie dieser Staat mit Gefangenen umgeht (von völliger Zerstörung der Identität durch Isolationshaft in den Hochsicherheitstrakten bis hin zu der Liquidierung von Gefangenen),
- indem sie sich die Ausbeutung in den Dreikontinenten bewußt machen,
- durch ihre eigene Ausbeutung in den Betrieben und im Kampf dagegen.

Militanz muß sich entwickeln. Sie fängt an beim Sammeln von Erfahrungen, geht über die Bewußtmachung der Notwendigkeit des militanten Widerstandes bis zur gewaltsamen Umsetzung der Gedanken in materielle Angriffe gegen das System – je nach Entwicklungsstand des Klassenkampfes bis zur sozialistischen Revolution.

Wir wollen die Wertstrukturen des herrschenden kapitalistischen patriarchalen Systems infrage stellen und uns keine Perspektive innerhalb gesellschaftlicher Machtgefüge suchen, nicht über Partizipation an der Macht Einfluß üben, Frauenbefreiung nicht über die Männerrolle definieren. Die Gewalt a) als alltäglichen Angriff und b) als zielgerichtete Unterdrückung des Staates muß als nebeneinander deutlich werden. Befreiung hat in unserer Gesellschaft etwas mit Zerstörung zu tun. Zerstörung der Strukturen, die uns an die Frauenrolle ketten. Und diese Strukturen lassen sich nur zerstören, wenn wir die Verhältnisse, die uns kaputtmachen, zerstören.

Angreifen in den vielfältigsten Formen werden wir, aber immer verbunden mit dem revolutionären Zorn auf das System.

DIE MACHT DER MÄNNER GEHT SOWEIT WIE DIE GEDULD DER FRAUEN. UNSERE GEDULD IST ZU ENDE!

Quellen:

(1) Äußerung von Bernd Rössner, Gefangener der RAF
(2) Bericht der SPD-Kommission "Sichere Energieversorgung ohne Atomkraft (Hauff-Bericht), FR vom 18.8.86
(3) aus "Wildcat", Karlsruher Stadtzeitung Nr. 39, 1986, S. 56 (siehe auch Anzeige letzte Seite)
(4) CCC (Kämpfende Kommunistische Zellen), Belgien, "Zum bewaffneten Kampf"
(5) Frank Kitson, britischer Ex-General; aus dem Buch: "Im Vorfeld des Krieges"
(6) aus der DRiZ (Deutsche Richterzeitung), 1979, Rede von Generalbundesanwalt Rebmann
(7) aus: "Klaut sie – die Unbeugsamen von der Spree"



Das Atomprogramm kippt nicht, bevor nicht das ökonomische System zerschlagen ist, dessen Ergebnis es ist. Der Protest gegen die menschenvernichtende Wirkung und die unbeherrschbare Technologie der AKWs geht ins Leere, wenn er an die Vernunft, den guten Willen, die Menschlichkeit der Betreiber appelliert. Die AKWs sind eben keine Frage der Vernunft, sondern logische Konsequenz der Profitmaximierungszwänge eines kapitalistischen Systems, das auf der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft beruht. Wer seinen Kampf wacker gegen das Atomprogramm führt und meint, wenn dieses Programm durch sein Wirken zu Fall gebracht wird, dann könne der Rest so bleiben – der ist ein Ignorant der gesellschaftlichen Realität;

genauso ignorant verhält sich natürlich auch derjenige, der meint, dises System müsse beseitigt werden, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen habe ökonomische Ursachen – und dieses System habe eben einen Knackpunkt, an dem sich sozusagen brennglasartig alle Widersprüche des Systems bündeln, und das wäre die Frage der AKWs. Logische Konsequenz dieser Haltung ist dann regelmäßig, daß die beteiligten Menschen über kurz oder lang damit konfrontiert werden, daß es diesen einen Knackpunkt nicht gibt, daß es in ihrem Arbeisgebiet Rückschläge gibt, daß das Atomprogramm doch durchgezogen wird – und oft verfallen diese Menschen dann in Resignation und Defaitismus.

Wenn es wirklich den einen Punkt gibt, über den das System zu knacken ist, einen Punkt auch, der alle Bewegungen und Kämpfe verbindet, dann ist das der Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung, die allem ihren Stempel aufdrückt, die erst die Widersprüche schafft, an denen sich unser Widerstand artikuliert.

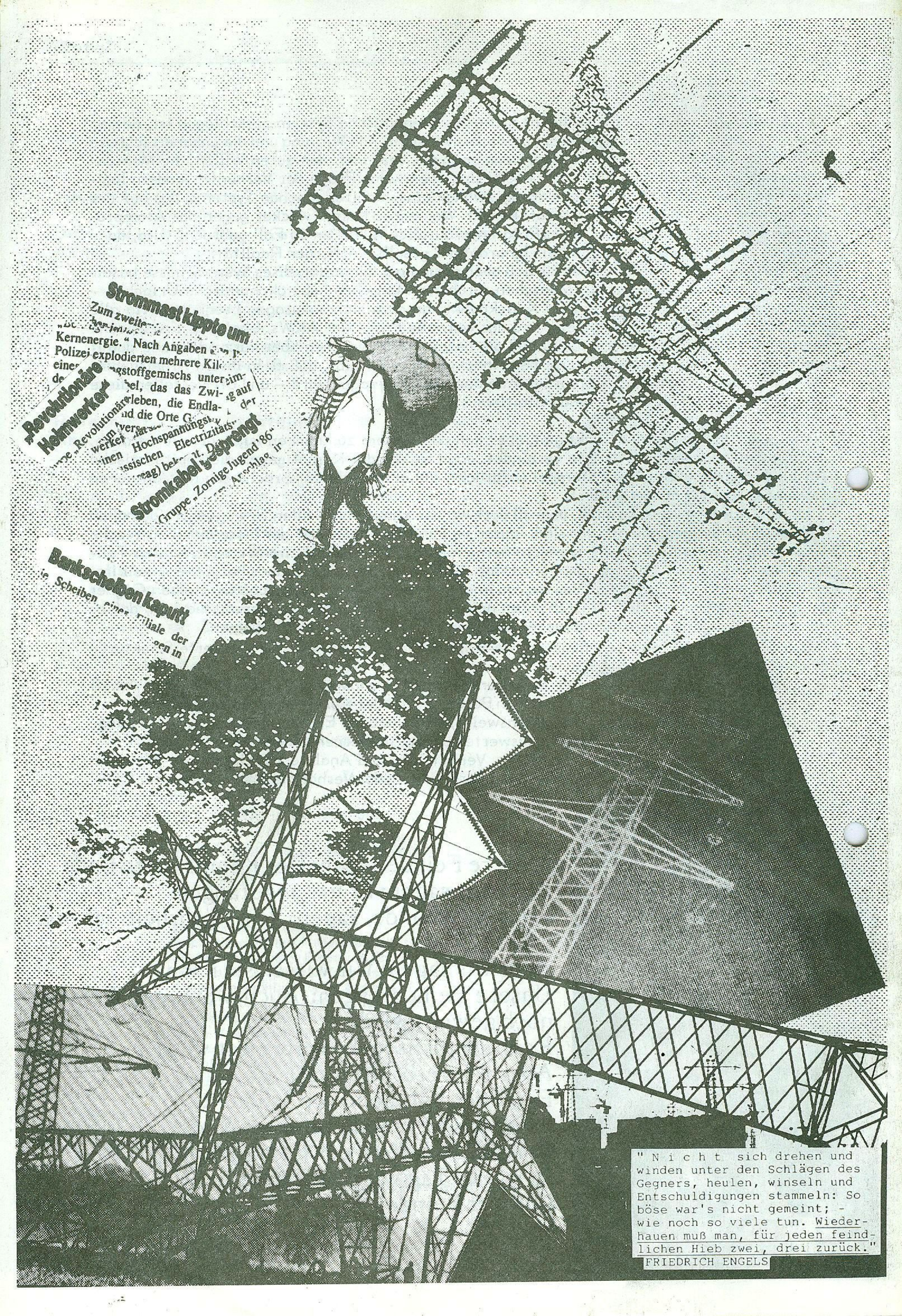
Unsere Aufgabe ist es deshalb, überall dort wo wir kämpfen, in allen Bewegungen, auf allen Gebieten, diejenigen, die mit uns sind, immer und immer wieder mit der Nase auf die Ursache zu stoßen, anstatt die Folgen zu bejammern. Wenn es uns gelingt, immer und in allen Teilkämpfen die Ursache zu benennen, wird sich die Einheit des Widerstands herstellen, weil immer mehr Menschen begreifen, das sie, wo immer sie auch kämpfen, ein und demselben Gegner gegenüberstehen; weil sie nur durch ihren gemeinsamen Kampf die Erfahrung machen, daß es nur einer Bewegung gegen die Ursachen gelingen kann, die Folgen zu beseitigen.

Diese Bewegung muß sich organisieren, wenn sie erfolgreich sein will. Organisierte Strukturen sind die Voraussetzung dafür, daß wir:

- uns eine Basis für die von der Bewegungskonjuktur unabhängige, kontinuierliche Arbeit schaffen; und zwar über die einzelnen Bereiche sozialer Auseinandersetzung hinaus.
- durch eine koordinierte Herangehensweise, verschiedene Erfahrungen auf der Grundlage einer materialistischen Analyse auswerten und daraus lernen können.
- in der Lage sind, gleichzeitig Aktion, Vermittlung und Analyse zu leisten, um gezielt – und mit der nötigen Schlagkraft – eine Veränderung der Verhältnisse zu erreichen.



Unsere Feinde sagen: Der Kampf ist zu Ende
Aber wir sagen: Er hat angefangen.
Unsere Feinde sagen: Die Wahrheit ist vernichtet.
Aber wir sagen: Wir wissen sie noch.
Unsere Feinde sagen: Auch wenn die Wahrheit noch gewußt wird
Kann sie nicht mehr verbreitet werden.
Aber wir verbreiten sie.
Es ist der Vorabend der Schlacht.
Es ist das Schmieden unserer Kader.
Es ist das Studium des Kampfplans.
Es ist der Tag vor dem Fall
Unserer Feinde.
bb


Strommast kippte um
„Revolutionäre Heimwerker"
Stromkabel gesprengt
Bankscheiben kaputt
"N i c h t sich drehen und winden unter den Schlägen des Gegners, heulen, winseln und Entschuldigungen stammeln: So böse war's nicht gemeint; - wie noch so viele tun. Wieder-hauen muß man, für jeden feindlichen Hieb zwei, drei zurück."
FRIEDRICH ENGELS